

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Giselher Schmidt
Rosa Luxemburg
zwischen Ost und West

Franz Josef Kros
Heinrich Brüning
und der Niedergang
der Weimarer Republik

B 16/70

18. April 1970

Giselher Schmidt, geb. 24. Mai 1937 in Limburg/Lahn; Studium der Politischen Wissenschaft, Jurisprudenz, Philosophie und Neuen Geschichte an den Universitäten Frankfurt/Main, Bonn, Berlin (West); 1964 Diplomexamen als Politologe; zur Zeit Mitarbeiter verschiedener Verlage, Zeitschriften, Wochenzeitungen und Rundfunkanstalten; Vortragstätigkeit in der Erwachsenen- und politischen Jugendbildung.

Veröffentlichung u. a.: Hitlers und Maos Söhne — NPD und Neue Linke, Frankfurt a. M. 1969.

Franz Josef Kros, Realschullehrer für die Fächer Geschichte und Deutsch an der Städt. Realschule Niedermarsberg; geb. 26. Juli 1937 in Steinheim/Westf.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 341251, nimmt entgegen: Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Rosa Luxemburg zwischen Ost und West

Das Vermächtnis Rosa Luxemburgs, der radikalen Sozialistin, Humanistin und Internationalistin, war lange Zeit bestimmt von den Fronten des Kalten Krieges. In kommunistischen Staaten wurde ihr unerschütterlicher Glaube an die Masse und an die revolutionierende Kraft von Massenaktionen, der so sehr der Leninschen Lehre von dem avantgardistischen und elitären Charakter der Partei widerstreitet, als „Luxemburgismus“ abgelehnt. In der DDR erschienen Anfang der fünfziger Jahre eine Auswahl aus ihren Schriften und eine Biographie von Fred Oelßner. Gegen verschiedene Publikationen von ihr wurde zwar breit und ausführlich polemisiert, aber die Bewohner der DDR hatten und haben keine Gelegenheit, ihre vermeintlich ketzerischen Schriften — wie über die russische Revolution — zu lesen und sich ein eigenes Urteil zu bilden. Ein Symptom für das Totschweigen Rosa Luxemburgs ist die Tatsache, daß selbst der nonkonformistische Marxist Ernst Bloch in seinem Ende der fünfziger Jahre erschienenen dreibändigen Hauptwerk „Das Prinzip Hoffnung“ neben Marx und Engels zwar ausführlich auf die Schriften Lenins eingeht, hingegen Rosa Luxemburg nicht erwähnt.

Konservativen und liberalen Bürgern schwebte das Bild von der „blutigen Rosa“ vor, welches kurz nach der Jahrhundertwende von dem sozialliberalen Politiker und Publizisten Friedrich Naumann in seiner Zeitschrift „Die Hilfe“ entworfen wurde und welches noch in der 1954 erschienenen „Geschichte der Weimarer Republik“ des liberalen Historikers Erich Eyck lebendig ist. Ein namhafter Publizist konnte 1962 die Ermordung Rosa Luxemburgs durch die verbrecherische Soldateska als „prophylaktischen Tyrannenmord“ rechtfertigen. Auch in offiziellen Publikationen fand die These des Mitmörders, Hauptmann Pabst, Rosa Luxemburg sei zur Rettung des christlichen Abendlandes standrechtlich erschossen worden, Zugang.

Seit der Mitte der sechziger Jahre kann man in Ost und West eine Luxemburg-Renaissance konstatieren. Der führende Reformkommunist der DDR, Robert Havemann, erklärte Ende 1965 in einem Interview mit dem Hamburger Nach-

richtenmagazin „Der Spiegel“: „Die Erneuerung der Partei, die heute unausweichlich auf der Tagesordnung steht, kann und muß sich in vielen entscheidenden Punkten gerade auf Liebknecht und ganz besonders auf Rosa Luxemburg gründen, deren Schriften seit Jahrzehnten von den Stalinisten unterdrückt worden sind. Sie wurden unterdrückt, weil Rosa Luxemburg mit prophetischer Klarheit bereits die ersten gefährlichen Schritte zur Beseitigung der innerparteilichen Demokratie, die später zum Stalinismus führten, erkannt und schärfstens kritisiert hatte ... Die schöpferische Kraft der Spontaneität der Volksmassen, aber auch ihre Blindheit und Ohnmacht zugleich, sind Fragen, die uns heute nicht weniger beunruhigen als vor 50 Jahren Rosa Luxemburg.“¹⁾

Hermann Weber, einer der besten Kenner der Geschichte der deutschen KP, bringt Rosa Luxemburg in Verbindung mit Modellen eines demokratischen Kommunismus, wie er etwa in der ČSSR vor der sowjetrussischen Invasion versucht worden ist: „Rosa Luxemburg war

Franz Josef Kros:

**Heinrich Brüning und der Niedergang
der Weimarer Republik S. 19**

die Vorläuferin, ja die eigentliche Begründerin des demokratischen Kommunismus, wie er fast 50 Jahre nach ihrer Ermordung in der ČSSR (und nicht nur dort) offen zutage trat.“²⁾

Auch in der Bundesrepublik konnte man eine Luxemburg-Renaissance erleben. Das Fernseh-drama „Die rote Rosa“ von Walter Jens signalisierte ein wachsendes Interesse selbst in linksliberalen Kreisen an Persönlichkeit und Werk der bedeutenden Frau. Viele Schriften von und über Rosa Luxemburg fanden ein ver-

¹⁾ „Der Spiegel“ Nr. 52/1965, zit. nach: Rosa Luxemburg in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Dargestellt von Helmut Hirsch, Reinbek 1969, S. 146.

²⁾ Der Gründungsparteitag der KPD — Protokoll und Materialien. Herausgegeben und eingeleitet von Hermann Weber, Frankfurt und Wien 1969, S. 47 f.

hältnismäßig großes Leserpublikum³⁾. Insbesondere wurde Rosa Luxemburg das Idol der revoltierenden Jugend. Rudi Dutschke orientierte sich an ihrem Aktionismus und an ihrem Modell einer Räterepublik. Dieses stellte er den bürokratisch verhärteten Strukturen der kommunistischen Staaten des Ostblocks und dem Leninschen Parteiprinzip gegenüber. In zahllosen Umzügen der Außerparlamentarischen Opposition wurde das Bild von Rosa Luxemburg neben denen von Mao Tse-tung, Che Guevara, Ho Tsching Minh und Karl Liebknecht durch die Straßen der großen Städte getragen. Die Verehrung für diese Frau hatte und hat manchmal pseudoreligiöse Züge. Es schien, als spiele sie bei der Neuen Linken etwa dieselbe Rolle wie Jeanne d'Arc bei den Katholiken Frankreichs, mit der sie bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts von den revisionistischen „Sozialistischen Monatsheften“ verglichen wurde.

Zeugnis für die Nachwirkungen Rosa Luxemburgs im italienischen Linkssozialismus legte Lelio Basso, einst Generalsekretär der italienischen sozialistischen Partei PSI und von 1965 bis 1968 Präsident der von der PSI abgesplitterten revolutionär-marxistischen PSIUP, in seinem Buch „Rosa Luxemburgs Dialektik der Evolution“ ab. „Rosa Luxemburg ist mit Sicherheit einer der wirkungsvollsten und schöpferischsten Fortführer des Marxismus, der nach der bekannten Definition von Engels kein Dogma, sondern Anleitung zur Aktion ist; daher scheint es ganz natürlich, daß ihr Name in den langen Jahren fast vergessen war, als der Marxismus durch den Opportunismus einerseits und den Dogmatismus andererseits verzerrt wurde.“⁴⁾

Rosa Luxemburg war und bleibt eine umstrittene Persönlichkeit. Umstritten ist sogar ihr genaues Geburtsdatum. Der Frankfurter Politologe Iring Fetscher, der kürzlich eine Sendung im Hessischen Rundfunk dem 100. Geburtstag Rosa Luxemburgs widmete, hielt

³⁾ Es sei insbesondere hingewiesen auf Rosa Luxemburg, Die russische Revolution. Eingeleitet und herausgegeben von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt am Main 1963; Rosa Luxemburg, Politische Schriften. Herausgegeben von Ossip K. Flechtheim, Band I und II, Frankfurt/Main 1966, Band III 1968; R. Luxemburg, Schriften zur Theorie der Spontaneität. Herausgegeben von Susanne Hillmann, Reinbek bei Hamburg, 1970, Paul Frölich, Rosa Luxemburg — Gedanke und Tat. Frankfurt 1967³. Peter Nettel, Rosa Luxemburg, Köln 1967 und Frankfurt — Wien — Zürich 1968.

⁴⁾ Lelio Basso, Rosa Luxemburgs Dialektik der Revolution“ deutsche Ausgabe Frankfurt 1969, S. 7.

— ebenso wie ihre Freunde Luise Kautzky und Henriette Roland Holst-van der Schalk und wie ihr Biograph Paul Frölich — am 5. März 1870 als ihrem Geburtsdatum fest. Andere hingegen entschieden sich im Anschluß an die Luxemburg-Biographie von Peter Nettel für den 5. März 1871. Fest steht Rosa Luxemburgs Geburtsort Zamość, eine Provinzstadt südöstlich von Lublin im galizischen Gebiet Polens, das 1872 bei der ersten polnischen Teilung Österreich und 1815 auf dem Wiener Kongreß endgültig Rußland zufiel. Der Vater war ein wohlhabender jüdischer Kaufmann⁵⁾.

Schon früh hatte Rosa Luxemburg, die mit vorzüglichen Leistungen das Warschauer Mädchengymnasium bis zum Abitur absolvierte, Kontakt zu illegalen revolutionären Zirkeln Polens. Ein Veteran der verfolgten „Sozialistisch-Revolutionären Partei Proletariat“ schmuggelte sie um die Jahreswende 1888/89 mit Hilfe eines katholischen Geistlichen über die polnisch-deutsche Grenze⁶⁾.

Von 1889 bis 1897 studierte sie an der Universität Zürich Philosophie, Jurisprudenz und Nationalökonomie und promovierte 1897 mit einer Arbeit über die industrielle Entwicklung Polens⁷⁾, wobei sie ihre vielfältigen Aktivitäten für den polnischen und internationalen Sozialismus nicht vernachlässigte. Durch eine Scheinehe erwarb sie die deutsche Staatsbürgerschaft und begann sogleich mit der publizistischen und rhetorischen Arbeit für die Sozialdemokratie.

Am 16. Januar 1904 wurde sie in Zwickau wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Nach dem Ausbruch der ersten russischen Revolution von 1905 ging sie illegal nach Warschau. Dort wurde sie 1906 verhaftet, aber gegen Hinterlegung einer Kaution freigelassen. Im selben Jahr, in dem sie Kontakte in Finnland und in der russischen Hauptstadt St. Petersburg angeknüpft hatte und in dem sie am SPD-Parteitag in Mannheim teilnahm, wurde sie noch wegen „Anreizung zum Klassenkampf“ zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt.

1907 begann ihre langjährige Dozententätigkeit für die Parteschule der Sozialdemokratie. Sozialdemokraten wie Friedrich Ebert und Wilhelm Kaisen und spätere Kommunisten wie Wilhelm Pieck waren ihre Schüler. In dieser

⁵⁾ Rosa Luxemburg in Selbstzeugnissen, S. 8.

⁶⁾ Rosa Luxemburg in Selbstzeugnissen, S. 16.

⁷⁾ A. a. O., S. 140 f.

Zeit entstanden die erst nach ihrem Tode veröffentlichte „Einführung in die Nationalökonomie“ und „Die Akkumulation des Kapitals“ (1913). Wiederholt nahm Rosa Luxemburg am Internationalen Sozialistenkongreß teil, so 1907 in Stuttgart, 1910 in Kopenhagen und 1912 in Basel. Unablässig warnte sie vor der drohenden Kriegsgefahr, und nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges sammelte sie die entschlossenen Kriegsgegner in der „Gruppe Internationale“, dann in der „Spartakusgruppe“ bzw. dem „Spartakusbund“.

Ihr Kampf gegen den Krieg trug ihr eine einjährige Gefängnisstrafe, die sie vom Februar 1915 bis zum Februar 1916 in Berlin verbüßte, und schließlich vom Sommer 1916 bis zum November 1918 „Schutzhaft“ ein.

Wie Rosa Luxemburg nur widerstrebend die Spaltung der Arbeiterbewegung — erst die Gründung der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (USPD) und schließlich die Formierung des Spartakusbundes zur Kommunistischen Partei Deutschlands — mitvollzogen hatte, so äußerte sie auch starke Vorbehalte gegen den kommunistischen Aufstand vom Januar 1919. Sie hielt es aber für eine Loyalitätspflicht, die Aufständischen zu unterstützen. Bereits am 18. November 1918 hatte sie in einem Brief an Adolf Geck ihren baldigen Tod vorausgesagt: „Wir alle stehen unter dem blinden Schicksal, mich tröstet nur der grimmige Gedanke, daß ich doch auch vielleicht bald ins Jenseits befördert werde — vielleicht durch eine Kugel der Gegenrevolution.“⁸⁾ Ihre Voraussage sollte am 15. Januar 1919 auf grausige Weise in Erfüllung gehen. Sie wurde verhaftet, ins Berliner Eden-Hotel gebracht und beim Abtransport von Freikorps-Soldaten ermordet. Die Leiche wurde in den Landwehrkanal geworfen und erst am 31. Mai 1919 gefunden. Am 15. Januar ermordete die Soldateska auch Karl Liebknecht und im März 1919 Leo Jogiches. Ende Januar starb der Parteihistoriker Franz Mehring. So war, wie Hermann Weber betont, „die KPD ihrer klarsten Köpfe beraubt“, und dies trug mit dazu bei, daß die demokratische Komponente im deutschen Kommunismus unterdrückt werden konnte⁹⁾.

Der Tod Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts war andererseits der Beginn für den

sich abzeichnenden Niedergang der KPD. Dazu schreibt Hermann Weber: „Schon ein Blick auf die Reihe der einander ablösenden Führergarnituren der KPD zeigt das Bild eines fortschreitenden Niedergangs: Die Begründer, Luxemburg und Liebknecht, werden im Urteil der Geschichte als große Persönlichkeiten mit klarem Geist, edlem Wollen und lauterem Charakter bestehen können. Paul Levi und Ernst Meyer waren kluge politische Führer, Brandler und Thalheimer ehrbare Handwerker der politischen Organisation. Die auf sie folgenden Ruth Fischer und Arkadij Maslow waren effektvolle Agitationsredner. Thälmann muß bei allem Respekt für seine Standhaftigkeit in Hitlers Kerker nachgesagt werden, daß er nur ein Provinzpolitiker mit demagogischem Talent gewesen ist. Der Abstieg der KPD ist symptomatisch für einen Prozeß, der sich zunächst ganz im stillen abspielte: für die immer festere Beherrschung der Partei durch ihren Apparat, d. h. durch die hauptamtlichen, von der Partei bezahlten Funktionäre. Der Apparat wiederum kam — mehr als die eigentliche Partei — in eine immer stärkere, nicht zuletzt materiell bedingte Abhängigkeit von der Moskauer Zentrale...“¹⁰⁾

Die für die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts verantwortlichen Offiziere hatten das zweifelhafte Verdienst, nicht nur zu einer Brutalisierung des politischen Kampfes in der Weimarer Republik, sondern auch erheblich zum wachsenden Einfluß einer ausländischen totalitären Macht auf eine deutsche politische Partei von nicht unbeachtlicher Größe beigetragen zu haben.

Die Veröffentlichung von Rosa Luxemburgs Schrift über die russische Revolution durch Paul Levi, einen kommunistischen Abtrünnigen, der sich wieder der SPD anschloß, löste eine lebhafte Diskussion über Rosa Luxemburgs Vorstellungen aus. Lenin selbst versuchte noch kurz vor seinem Tode die Hochachtung vor Rosa Luxemburgs Persönlichkeit mit einer Ablehnung vieler ihrer Thesen zu kombinieren: „Ein Adler kann wohl manchmal auch tiefer hinabsteigen als das Huhn, aber nie kann ein Huhn in solche Höhe steigen wie ein Adler. Rosa Luxemburg irrte in der Frage der Unabhängigkeit Polens; sie irrte ... in der Theorie der Akkumulation des Kapitals; sie irrte, als sie im Juli 1914 neben Plechanow, Vandervelde, Kautzky u. a. für die Vereini-

⁸⁾ Rosa Luxemburg, Briefe an Freunde. Nach dem von Luise Kautzky fertiggestellten Manuskript herausgegeben von Benedikt Kautzky, Hamburg 1950, S. 173.

⁹⁾ Der Gründungsparteitag der KPD — Protokoll und Materialien, S. 47 f.

¹⁰⁾ Der deutsche Kommunismus, hrsg. und kommentiert von Hermann Weber, Köln und Berlin 1964, S. 18.

gung der Bolschewiki mit den Menschewiki eintrat; sie irrte in ihren Gefängnisschriften von 1918 (wobei sie selbst beim Verlassen des Gefängnisses Ende 1918 und Anfang 1919 ihre Fehler zum großen Teil korrigierte). Aber trotz aller dieser Fehler war sie und bleibt sie ein Adler.“¹¹⁾

Der ungarische Kommunist und Literaturwissenschaftler Georg Lukács (der nach 1945 häufig des Revisionismus verdächtigt wurde und zeitweise sogar der Verfemung anheimfiel) warf bald nach Erscheinen von Rosa Luxemburgs Kritik an Lenin und Trotzki der Autorin „Überschätzung des organischen Charakters der geschichtlichen Entwicklung“ und „Überschätzung der spontanen, der elementaren Kräfte der Revolution“ vor¹²⁾.

Während in Deutschland die Träger des jeweiligen Parteikurses der KPD in der Weimarer Zeit ihr Organisationsmodell als sozialdemokratisch verwarfen oder sogar von „Luxemburgischer Lues“ sprachen¹³⁾, beriefen sich sowohl die „rechten“ als auch die ultralinken parteiinternen Kritiker des Apparates auf die Spartakistin. Ihre Theorien wurden insbesondere von kommunistischen Renegaten und marxistischen Außenseitern weitergetragen. Der marxistische Wissenschaftler Karl Korsch, der 1926 die Partei verließ, kämpfte im Geiste Rosa Luxemburgs gegen die stalinistische Verfälschung und „blanquistische Entstellung des Marxismus“¹⁴⁾. Im gleichen Sinne erhob der Historiker Arthur Rosenberg, auch ein ehemaliges Mitglied der KPD, Rosa Luxemburg zur „Ahnherrin eines spezifisch westlichen, antibolschewistischen Marxismus“¹⁵⁾. Ein ehemaliger Mitstreiter Rosa Luxemburgs, Paul Frölich, versuchte ihr Gedankengut in die Sozialistische Arbeiter-Partei (SAP), eine um 1930 gegründete Splitterpartei zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus, zu übernehmen¹⁶⁾.

¹¹⁾ Zit. nach: Rosa Luxemburg in Selbstzeugnissen, S. 145.

¹²⁾ Georg Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik, Berlin 1923 und Amsterdam 1967, S. 281 und S. 283.

¹³⁾ Vgl. Hermann Weber, Die Wandlung des Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Band 1, Frankfurt am Main 1969, S. 89 ff., und Lelio Basso, a. a. O., S. 9.

Die Tatsache, daß Rosa Luxemburg zum Idol aller kommunistischen Ketzler avancierte, führte dazu, daß selbst Leo Trotzki, der zu Lebzeiten Rosa Luxemburgs in einem äußerst gespannten Verhältnis zu ihr stand (und ebenfalls von ihrer Kritik in der Schrift „Die russische Revolution“ betroffen war), nach seinem Bruch mit der russischen KP unter Stalin vom Gründungstag der Vierten Internationale an Anspruch auf ihr geistiges Erbe erhob¹⁷⁾.

Wenn auch die Verbreitung Luxemburgischer Schriften in der DDR sehr zu wünschen läßt, so sind doch die krassesten stalinistischen Mißdeutungen beseitigt worden. Dies führte dazu, daß sich auch die Deutsche Kommunistische Partei 1968 in ihrer Grundsatzerklärung auf Rosa Luxemburg berief. Die Berufung auf Rosa Luxemburg von Kommunistischen Parteien, die einseitig an der UdSSR und der DDR orientiert sind, erscheint jedoch problematisch. Denn Rosa Luxemburg widersprach Ende 1918 auf einer Vorkonferenz der Zentrale des Spartakusbundes sehr energisch denjenigen Mitgliedern, die durch den Namen „Kommunistische Partei“ die enge Bindung an den Bolschewismus betonen wollten. Sie plädierte für den Namen „Sozialistische Partei“ und vertrat die Ansicht, die neue Partei habe die Aufgabe, „die Verbindung zwischen den Revolutionären des Ostens und den Sozialisten Westeuropas, die heute noch im reformistischen Fahrwasser schwimmen, herzustellen und den Prozeß der Loslösung der westeuropäischen Sozialisten vom Reformismus zu beschleunigen“¹⁸⁾.

Rosa Luxemburg, die sich nicht durchsetzen konnte, wurde so für viele zur Symbolfigur eines möglichen Brückenschlages zwischen West und Ost, „die kühnste und menschlichste Mittlerin zwischen Ost und West“ — wie ihr Biograph und Bewunderer Helmut Hirsch sie nannte¹⁹⁾.

¹⁴⁾ Vgl. Peter Nettel, S. 772.

¹⁵⁾ Ebenda.

¹⁶⁾ Ebenda.

¹⁷⁾ Vgl. Peter Nettel, S. 25.

¹⁸⁾ Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, S. 37.

¹⁹⁾ Rosa Luxemburg in Selbstzeugnissen, S. 130.

Rosa Luxemburg gegen Bernstein und Kautsky

Die deutsche Sozialdemokratie, der Rosa Luxemburg um die Jahrhundertwende beitrug, war damals de facto keine revolutionäre, sondern eine reformerische Partei. Nach Gerhard A. Ritter bestimmten um 1900 „die Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsführer, die Kommunalpolitiker und Landtagsabgeordneten, die letztlich unangreifbaren, weil unersetzlichen Träger der politischen Gegenwartsarbeit, den Charakter der Partei, die sich bereits bis 1900 im wesentlichen zu einer praktischen Arbeiterpartei mit einigen nicht ernst genommenen revolutionären Phrasen ‚durchgemausert‘ hatte“²⁰⁾.

In verschiedenen süddeutschen Landtagen, die freilich nicht auf Grund des preußischen Dreiklassenwahlrechts gewählt worden waren, bildete die SPD eine loyale Oppositionspartei, die gelegentlich sogar für den Staatshaushalt stimmte. August Bebel, der langjährige Vorsitzende der Sozialdemokratie, versuchte noch den reformerischen Alltag mit dem Feiertag revolutionärer Hoffnungen des Proletariats zu verbinden. Ideologie und Praxis wollte hingegen Eduard Bernstein (1850—1932) in Einklang bringen. Bernsteins Anliegen war es, den ökonomischen Sozialismus mit Hilfe der Kantischen Philosophie zu einem ethischen Sozialismus zu sublimieren und auf die Punkte zu verweisen, wo ihm „die Marx-Engelssche Doktrin hauptsächlich zu irren oder sich in Widersprüchen zu bewegen scheint“²¹⁾. Insbesondere unterzog er die Marxsche Verelendungs- und Zusammenbruchstheorie einer eingehenden Kritik. Er plädierte dafür, die Profitrate fortlaufend durch die Lohnrate zu vermindern und das bestehende System durch ständige praktische Reformarbeit in der gewerkschaftlichen und der parlamentarischen Arbeit zu verändern.

Bernstein hatte sich — insbesondere in seiner englischen Exilzeit — zu einem überzeugten Anhänger des Parlamentarismus und außerdem zu einem Pazifisten entwickelt. Demokratie war für ihn nicht Mittel zur Erreichung des sozialistischen Endziels, sondern „Mittel und Zweck zugleich. Sie ist das Mittel der Er-

kämpfung des Sozialismus, und sie ist die Form der Verwirklichung des Sozialismus.“²²⁾ Bernstein sprach sich für den Kompromiß zwischen rivalisierenden sozialen Gruppen und Parteien als Lebenselement der Demokratie aus: „In der Demokratie lernen die Parteien und die hinter ihnen stehenden Klassen bald die Grenzen ihrer Macht kennen und sich jedesmal nur so viel vornehmen, als sie nach Lage der Umstände vernünftigerweise hoffen können, durchzusetzen. Selbst wenn sie ihre Forderungen etwas höher spannen, als im Ernst gemeint, um beim unvermeidlichen Kompromiß — und die Demokratie ist die Hochschule des Kompromisses — ablassen zu können, geschieht es mit Maß ...“²³⁾

Der oft angegriffene Satz seiner im Januar 1899 erschienenen Schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ lautete: „Ihr Einfluß würde ein viel größerer sein, als er heute ist, wenn die Sozialdemokratie den Mut fände, sich von einer Phraseologie zu emanzipieren, die tatsächlich überlebt ist, und *das scheinen zu wollen, was sie heute in Wirklichkeit ist: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei.*“²⁴⁾

Sechzig Jahre nach Veröffentlichung der „Voraussetzungen des Sozialismus“ fanden dann Bernsteins Thesen Eingang in das Godesberger Programm der Sozialdemokratie.

Rosa Luxemburg antwortete Bernstein in der im April 1899 erschienenen Schrift „Sozialreform oder Revolution?“. Darin warf sie Bernstein vor, er wolle „das Meer der kapitalistischen Bitternis durch flaschenweises Hinzufügen der sozialreformerischen Limonade in ein Meer sozialistischer Süßigkeit“ verwandeln²⁵⁾. Ihre eigene Position, die Zwischenposition zwischen dem revolutionären und dem reformerischen Maximalismus, eine Position, die Reform und Revolution in eine dialektische Beziehung zueinander bringt, verdeutlicht sie wie folgt: „Die gesetzliche Reform und die Revolution sind also nicht verschiedene Methoden des geschichtlichen Fortschritts, die man in dem Geschichtsbüfett nach Belieben wie heiße Würstchen oder kalte Würstchen auswählen kann, sondern verschiedene *Momente* in der Entwicklung der Klassengesellschaft, die

²⁰⁾ Gerhard A. Ritter, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, Berlin 1959, S. 187; zit. nach Basso, S. 57 f.

²¹⁾ Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, hrsg. von Günther Hillmann, Reinbek bei Hamburg 1969, S. 14.

²²⁾ A. a. O., S. 154.

²³⁾ Bernstein, S. 155.

²⁴⁾ A. a. O., S. 196.

²⁵⁾ Rosa Luxemburg, Politische Schriften I, S. 81.

einander ebenso bedingen und ergänzen, zugleich aber ausschließen, wie z. B. Südpol und Nordpol, wie Bourgeoisie und Proletariat.“²⁶⁾

Mal ist ihre Polemik gegen Bernstein geistreich: „Bernstein, der sich an die gesetzliche Reformarbeit machen will, um dem Kapitalismus auf diesem Wege ein Ende zu bereiten, gerät in die Lage jenes russischen Schutzmannes, der bei Uspienski sein Abenteuer erzählt: . . . „Schnell packte ich den Kerl am Kragen, und was stellte sich heraus? Daß der verdammte Kerl keinen Kragen hatte! . . . Da liegt eben der Hase im Pfeffer.“²⁷⁾ Ein anderes Mal kann aber ihre Polemik gegen den Bernsteinschen „Revisionismus“ auch handfest bis plump sein: „Die revisionistische Theorie im ganzen genommen läßt sich also folgendermaßen charakterisieren: es ist dies eine Theorie der sozialistischen Versumpfung, vulgärökonomisch begründet durch eine Theorie der kapitalistischen Versumpfung.“²⁸⁾

Auf jeden Fall verstand es Rosa Luxemburg, den Gegensatz zwischen Bernstein und ihr klar herauszuarbeiten. Die Revisionisten um Bernstein wollten, „daß der gewerkschaftliche und politische Kampf die kapitalistische Ausbeutung selbst stufenweise einschränken, der kapitalistischen Gesellschaft immer mehr ihren kapitalistischen Charakter nehmen und den sozialistischen aufprägen, mit einem Worte, die sozialistische Umwälzung in objektivem Sinne herbeiführen soll“. Sie trachteten danach, „durch bloßen gewerkschaftlichen und politischen Kampf die sozialistische Ordnung einzuführen“²⁹⁾. Rosa Luxemburgs Freunde hingegen sahen „die sozialistische Bedeutung des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes darin, daß er das Proletariat, das heißt den subjektiven Faktor der sozialistischen Umwälzung zu deren Durchführung vorbereitet“. Durch den gewerkschaftlichen und politisch-

parlamentarischen Kampf gelange das Proletariat „zu der Überzeugung von der Unmöglichkeit, seine Lage von Grund aus durch diesen Kampf umzugestalten, und von der Unvermeidlichkeit einer endgültigen Besitzergreifung der politischen Machtmittel“³⁰⁾.

Die Kontroverse Bernstein—Luxemburg fand 1899 statt, zu einer Zeit, da es in Preußen noch ein Dreiklassenwahlrecht gab und da im Reich zwar schon ein gewisses Maß an Konstitutionalismus und Rechtsstaatlichkeit, aber keine parlamentarische Demokratie und keine echte Chancengleichheit der konkurrierenden politischen Großgruppen, den politischen Willen zu bestimmen, bestand. Die Disputation müßte also inzwischen wegen der völlig veränderten Szenerie gegenstandslos geworden sein. Dennoch sind Thesen und Argumente manchmal zählebig. Der Gegensatz zwischen Bernstein und Rosa Luxemburg entspricht genau dem Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und radikalen Sozialisten, wie er heute noch — in den Denkkategorien Bernsteins und Luxemburgs — ausgetragen wird.

Nach 1905 — insbesondere bei der Diskussion um den Massenstreik — geriet Rosa Luxemburg auch in immer schärferen Gegensatz zu dem marxistischen Zentrum der Partei. Ihr Denker, Karl Kautsky, wurde — wie der späte Engels — von Theorien eines linear-evolutionären Positivismus bestimmt. Er übersah nach Rosa Luxemburgs Meinung die Bedeutung der Aktion und überspannte den Gedanken vom unvermeidlichen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft. Rosa Luxemburg versuchte den ein wenig fatalistischen Kautskyanismus durch die dialektische Kombination von geschichtlicher Notwendigkeit (des Zusammenbruchs der Klassengesellschaft) und subjektiver Anstrengung des Proletariats im Tageskampf gegen die bestehende Gesellschaft zu überwinden³¹⁾.

Rosa Luxemburgs Stellung zum Parlamentarismus

Rosa Luxemburgs Stellung zum Parlamentarismus ist wegen ihrer dialektischen Position nicht leicht zu verstehen und erscheint manchmal widersprüchlich. Sie lehnte anarchistische und revolutionär-maximalistische Tendenzen, sich dem parlamentarischen Leben fernzuhal-

ten, ab. Sie führte einen entscheidenden Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht. An die Adresse der revolutionären Maximalisten waren ihre Mahnungen gerichtet: „. . . aus der Tatsache, daß der bürgerliche Liberalismus vor Schreck vor der aufstrebenden Arbeiterbewegung und ihren Endzielen seine

²⁶⁾ Rosa Luxemburg, Politische Schriften I, S. 113 f.

²⁷⁾ A. a. O., S. 115.

²⁸⁾ A. a. O., S. 90.

²⁹⁾ A. a. O., S. 82 f.

³⁰⁾ A. a. O.

³¹⁾ Vgl. Basso, S. 37, S. 64 f. und S. 75.

Seele ausgehaucht hat, folgt nur, daß die sozialistische Arbeiterbewegung eben heute die *einzig* Stütze der Demokratie ist und sein kann, und daß nicht die Schicksale der sozialistischen Bewegung an die bürgerliche Demokratie, sondern umgekehrt die Schicksale der demokratischen Entwicklung an die sozialistische Bewegung gebunden sind. Daß, wer die Stärkung der Demokratie wünscht, auch Stärkung und nicht Schwächung der sozialistischen Bewegung wünschen muß, und daß mit dem Aufgeben der sozialistischen Bestrebungen ebenso die Arbeiterbewegung wie die Demokratie aufgegeben wird." ³²⁾

„Ist die Demokratie für die Bourgeoisie teils überflüssig, teils hinderlich geworden, so ist sie für die Arbeiterklasse dafür notwendig und unentbehrlich. Sie ist erstens notwendig, weil sie politische Formen (Selbstverwaltung, Wahlrecht u. dgl.) schafft, die als Ansätze und Stützpunkte für das Proletariat bei seiner Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft dienen werden. Sie ist aber zweitens unentbehrlich, weil nur in ihr, in dem Kampfe um die Demokratie, in der Ausübung ihrer Rechte das Proletariat zum Bewußtsein seiner Klasseninteressen und seiner geschichtlichen Aufgaben kommen kann. Mit einem Worte, die Demokratie ist unentbehrlich, nicht weil sie die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat *überflüssig*, sondern umgekehrt, weil sie diese Machtergreifung ebenso *notwendig*, wie auch einzig *möglich* macht.“ ³³⁾

Später kritisiert sie Lenin, weil er die konstituierende Versammlung, in der die Bolschewiki nur eine Minderheit bildeten, auseinandergejagt hatte. Gegenüber Lenins und Trotzki's Bemerkungen, daß die Vertretungskörperschaft hinter der revolutionären Entwicklung und hinter dem wachsenden Selbstbewußtsein der Massen zurückgeblieben sei, betont sie, „daß das lebendige Fluidum der Volksstimmung beständig die Vertretungskörperschaften umspült, in sie eindringt, sie lenkt“ und daß die Revolution „durch ihre Gluthitze jene dünne, vibrierende, empfängliche politische Luft, in der die Wellen der Volksstimmung, des Volkslebens augenblicklich in wunderbarer Weise auf die Vertretungskörperschaften einwirken“, geschaffen habe ³⁴⁾.

Rosa Luxemburg betrachtete das Parlament nur als eine Tribüne des Klassenkampfes, als ein Mittel zur Erziehung des Proletariats

³²⁾ Politische Schriften I, S. 111.

³³⁾ A. a. O., S. 118 f.

³⁴⁾ Die russische Revolution, S. 68.

— einmal, um ihm die Unausweichlichkeit seiner Lage in der bürgerlichen Gesellschaft plausibel zu machen, und zum anderen, um es für die sozialistische Revolution zu schulen. Ansonsten hielt sie wenig vom parlamentarischen System. In dem Essay „Sozialreform oder Revolution?“ sprach sie despektierlich vom „Hühnerstall des bürgerlichen Parlamentarismus“ ³⁵⁾. Die These des Bernstein-Anhängers K. Schmidt, die Erlangung einer sozialdemokratischen Mehrheit im Parlament sei der direkte Weg zur stufenweisen Sozialisierung der Gesellschaft, lehnte sie strikt ab: „Und der Parlamentarismus im ganzen erscheint nicht als ein unmittelbar sozialistisches Element, das die kapitalistische Gesellschaft allmählich durchtränkt, wie Bernstein annimmt, sondern umgekehrt als ein spezifisches Mittel des bürgerlichen Klassenstaates, die kapitalistischen Gegensätze zur Reife und zur Ausbildung zu bringen . . . Die Wand wird durch die Entwicklung der Sozialreformen wie der Demokratie nicht durchlöchert, sondern umgekehrt fester, starrer gemacht. Wodurch sie niedergerissen werden kann, ist einzig der Hammerschlag der Revolution, d. h. *die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.*“ ³⁶⁾

Nicht ganz 20 Jahre später sprach sie sich im November 1918 in dem Publikationsorgan des Spartakusbundes „Die Rote Fahne“ für eine Räterepublik und scharf gegen die Einberufung einer Nationalversammlung aus: „Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: Bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie? Denn Diktatur des Proletariats ist Demokratie im sozialistischen Sinne . . . Der parlamentarische Kretinismus war gestern eine Schwäche, ist heute eine Zweideutigkeit, wird morgen ein Verrat am Sozialismus sein . . .“ ³⁷⁾

Als jedoch der 1. Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte die Wahl für die Nationalversammlung beschloß, traten Rosa Luxemburg und die Zentrale des Spartakusbundes für Wahlbeteiligung ein. Auf dem Gründungsparteitag der KPD wurde hingegen eine Wahlbeteiligung mit 62 gegen 23 Stimmen abgelehnt ³⁸⁾.

³⁵⁾ Politische Schriften I, S. 119.

³⁶⁾ A. a. O., S. 80 f.

³⁷⁾ Die Rote Fahne vom 20. November 1918, zit. nach: Der deutsche Kommunismus — Dokumente, S. 70.

³⁸⁾ Der deutsche Kommunismus — Dokumente, S. 70.

Die Lehre vom Massenstreik

Im Anschluß an ihre Erfahrungen der russischen Revolution von 1905 wurde Rosa Luxemburg, insbesondere in der Broschüre „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“, zur Propagandistin des Massenstreiks als sozialistisches Kampfmittel. Der Massenstreik, wie ihn die russische Revolution gezeigt habe, sei „die Bewegungsweise der proletarischen Masse, die Erscheinungsform des proletarischen Kampfes in der Revolution“³⁹⁾. Er ist keine Einzelhandlung, sondern „vielmehr die Bezeichnung, der Sammelbegriff einer ganzen jahrelangen, vielleicht jahrzehntelangen Periode des Klassenkampfes“⁴⁰⁾. Ökonomischer und politischer Kampf sind miteinander verbunden: „Der ökonomische Kampf ist das Fortleitende von einem politischen Knotenpunkt zum andern, der politische Kampf ist die periodische Befruchtung des Bodens für den ökonomischen Kampf.“⁴¹⁾

Rosa Luxemburg bekennt sich in der Schrift über den Massenstreik ausdrücklich zur geschichtlichen Dialektik. Er sei „der Fels, auf dem die ganze Lehre des Marxschen Sozialismus beruht“⁴²⁾. Demgegenüber könne das Problem des Massenstreiks „nicht durch subjektive Beurteilung des Massenstreiks vom Standpunkt des Wünschbaren, sondern durch objektive Untersuchung der Quellen des Massenstreiks vom Standpunkte des geschichtlich Notwendigen . . . allein erörtert und auch diskutiert werden“⁴³⁾.

Nicht immer ist es leicht, die Luxemburgische Dialektik in der Beziehung zwischen der Spontaneität der Massen zu der Führung durch die Partei zu verstehen. Nachdrücklich warnte sie vor einer Überschätzung der Organisation: „Die Überschätzung und die falsche Einschätzung der Rolle der Organisation im Klassenkampf des Proletariats wird gewöhnlich ergänzt durch die Geringschätzung der unorganisierten Proletariermasse und ihrer politischen Reife.“⁴⁴⁾ Sie betonte, „daß der Massenstreik nicht aus freien Stücken hervorgerufen werden kann, auch wenn der Entschluß dazu von der höchsten Instanz der stärksten sozialdemokratischen Partei ausgehen mag“⁴⁵⁾. Die

Leitung des Massenstreiks „im Sinne des Kommandos über ihre Entstehung und im Sinne der Berechnung und Deckung ihrer Kosten“ sei „Sache der revolutionären Periode selbst“⁴⁶⁾. Die Sozialdemokratische Partei solle sich nicht über die technische Seite, über den Mechanismus des Massenstreiks den Kopf zerbrechen. Ihre Aufgabe sei es, „die politische Leitung auch mitten in der Revolutionsperiode zu übernehmen“⁴⁷⁾.

Auf einem Parteitag wandte sie sich nachdrücklich gegen die Auffassung, Organisationen müßten dem Massenstreik vorausgehen: „Es ist eben eine ganz mechanische undialektische Auffassung, daß starke Organisationen dem Kampfe immer vorausgehen müssen. Die Organisation wird auch umgekehrt selbst im Kampfe geboren, zusammen mit der Klassenaufklärung . . .“⁴⁸⁾. In dem Essay über den Massenstreik unterstrich Rosa Luxemburg aber, daß sie jeden geschichtlichen Fatalismus ablehnt und die Sozialdemokratie als „die aufgeklärteste, klassenbewußteste Vorhut des Proletariats“ begreift: „Die Sozialdemokratie ist die aufgeklärteste, klassenbewußteste Vorhut des Proletariats. Sie kann und darf nicht mit verschränkten Armen fatalistisch auf den Eintritt der ‚revolutionären Situation‘ warten, darauf warten, daß jene spontane Volksbewegung vom Himmel fällt. Im Gegenteil, sie muß, wie immer, der Entwicklung der Dinge voraus-eilen, sie zu beschleunigen suchen. Dies vermag sie aber nicht dadurch, daß sie zur rechten und unrechten Zeit ins Blaue hinein plötzlich die ‚Losung‘ zu einem Massenstreik ausgibt, sondern vor allem dadurch, daß sie den breitesten proletarischen Schichten den unvermeidlichen Eintritt dieser revolutionären Periode, die dazu führenden inneren sozialen Momente und die politischen Konsequenzen klar-macht . . .“⁴⁹⁾

Rosa Luxemburg hielt auch den bewaffneten Aufstand für eine gesteigerte Phase des Massenstreiks. Sie meinte allerdings, daß der Feind mit dem Blutvergießen anfangen und daß das Proletariat zunächst in der Abwehr des Angriffs zu den Waffen greifen werde⁵⁰⁾. Sicherlich fehlte es bei Rosa Luxemburg nicht an Skepsis gegenüber der konkreten Volksmenge.

³⁹⁾ Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Politische Schriften I, S. 173.

⁴⁰⁾ A. a. O.

⁴¹⁾ A. a. O., S. 177.

⁴²⁾ A. a. O., S. 139.

⁴³⁾ A. a. O., S. 143.

⁴⁴⁾ A. a. O., S. 196.

⁴⁵⁾ A. a. O., S. 180.

⁴⁶⁾ A. a. O., S. 183.

⁴⁷⁾ Ebenda.

⁴⁸⁾ Peter Nettel, S. 302.

⁴⁹⁾ Politische Schriften I, S. 199.

⁵⁰⁾ Nettel, S. 326.

So schrieb sie in einem Brief an Hans Diefenbach über Gerhart Hauptmanns Roman der Nachfolge Christi „Der Narr in Christo Emanuel Quint“ von der „Tragik des Menschen, der der Menge predigt und fühlt, wie jedes Wort in demselben Augenblick, wo es seinen Mund verläßt, vergrößert und erstarrt und in den Hirnen der Hörer zum Zerrbild wird; und auf dieses Zerrbild seiner selbst wird nun der Prediger festgenagelt und von den Schülern schließlich umringt und mit rohem Lärm umtobt: ‚Zeige uns das Wunder! Du hast uns so gelehrt. Wo ist dein Wunder?‘“⁵¹⁾

Es ist auch ihre eigene Tragik, die sie hier ausspricht. Unerschütterlich war aber ihr Glaube an die Möglichkeiten, die in der Psyche der Massen verborgen seien. So schrieb sie an Mathilde Wurm: „... Zumal die Psyche der Massen birgt stets in sich, wie die Thalatta, das ewige Meer, alle latenten Möglichkeiten:

tödliche Windstille und brausenden Sturm, niedrigste Feigheit und wildesten Heroismus. Die Masse ist stets das, was sie nach Zeitumständen sein muß, und sie ist stets auf dem Sprunge, etwas total anderes zu werden, als sie scheint. Ein schöner Kapitän, der seinen Kurs nur nach dem momentanen Aussehen der Massenoberfläche steuern und nicht verstehen würde, aus Zeichen am Himmel und in der Tiefe auf kommende Stürme zu schließen! Mein kleines Mädchen, die ‚Enttäuschung über die Massen‘ ist stets das blamabelste Zeugnis für den politischen Führer...“⁵²⁾

Noch in dem einen Tag vor ihrem Tod am 14. Januar 1919 in der „Roten Fahne“ veröffentlichten Artikel „Ordnung herrscht in Berlin“ unterstreicht sie die Bedeutung der Massen: „Die Massen sind das Entscheidende, sie sind der Fels, auf dem der Endsieg der Revolution errichtet wird.“⁵³⁾

Rosa Luxemburg gegen Lenin

Schon früh geriet Rosa Luxemburg mit Lenin in Meinungsverschiedenheiten über Fragen der Organisation. 1904 erschien Lenins Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“, in der er die Konzeption einer diszipliniert und zentralistisch organisierten Avantgarde von Berufsrevolutionären verfocht. Rosa Luxemburg antwortete in dem Aufsatz „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“, der erst in der „Iskra“, der Zeitschrift der russischen Sozialdemokratie, und bald darauf in der „Neuen Zeit“, dem von Karl Kautsky redigierten Hauptorgan der SPD, erschien⁵⁴⁾.

Rosa Luxemburg warf Lenin „verschwörerischen Zentralismus“ und „die absolute blinde Unterordnung der Einzelorgane der Partei unter ihre Zentralbehörde und die Erweiterung der entscheidenden Machtbefugnisse dieses letzteren bis an die äußerste Peripherie der Parteiorganisation“ vor⁵⁵⁾. Sie verhöhnte Lenin, da er die „erzieherische Bedeutung der Fabrik für das Proletariat“ rühmte und diese Disziplin als vorbildlich pries: „Die ‚Disziplin‘, die Lenin meint, wird dem Proletariat keineswegs

bloß durch die Fabrik, sondern auch durch die Kaserne, auch durch den modernen Bürokratismus, kurz — durch den Gesamtmechanismus des zentralisierten bürgerlichen Staates eingepägt. Doch ist es nichts als eine mißbräuchliche Anwendung des Schlagwortes, wenn man gleichmäßig als ‚Disziplin‘ zwei so entgegengesetzte Begriffe bezeichnet, wie die Willen- und Gedankenlosigkeit einer vielbeinigen und vielarmigen Fleischmasse, die nach dem Taktstock mechanische Bewegungen ausführt, und die freiwillige Koordinierung von bewußten politischen Handlungen einer gesellschaftlichen Schicht; wie den Kadavergehorsam einer beherrschten Klasse und die organisierte Rebellion einer um die Befreiung ringenden Klasse. Nicht durch die Anknüpfung an die ihm durch den kapitalistischen Staat eingepägte Disziplin — mit der bloßen Übertragung des Taktstocks aus der Hand der Bourgeoisie in die eines sozialdemokratischen Zentralkomitees —, sondern durch die Durchbrechung, Entwurzelung dieses sklavischen Disziplingeistes kann der Proletarier erst für die neue Disziplin — die freiwillige Selbstdisziplin der Sozialdemokratie — erzogen werden.“⁵⁶⁾

Scharf kritisierte sie auch den Leninschen Zentralismus: „Der von Lenin befürwortete Ultrazentralismus scheint uns aber in seinem ganzen Wesen nicht vom positiven schöpferischen,

⁵¹⁾ Rosa Luxemburg, Briefe an Freunde, S. 83.

⁵²⁾ Briefe an Freunde, S. 47.

⁵³⁾ Politische Schriften II, S. 209.

⁵⁴⁾ Vgl. Ossip K. Flechtheims Einleitung zu: Die russische Revolution, S. 8.

⁵⁵⁾ Rosa Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: Die russische Revolution, S. 27.

⁵⁶⁾ A. a. O., S. 29 f.

sondern vom sterilen Nachtwächtergeist getragen zu sein. Sein Gedankengang ist hauptsächlich auf die Kontrolle der Parteitätigkeit und nicht auf ihre Befruchtung, auf die Einengung und nicht auf die Entfaltung, auf die Schurige- lung und nicht auf die Zusammenziehung der Bewegung zugeschnitten.“⁵⁷⁾ Der Schlußsatz ihres Aufsatzes scheint bereits prophetisch auf die kommenden Stalinschen Exzesse hinzuweisen: „Fehlritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermeßlich fruchtbarer und wertvoller, als die Unfehlbarkeit des allerbesten ‚Zentralkomitees‘.“⁵⁸⁾

Mit dem Lenin der Russischen Oktoberrevolution von 1917 setzte sie sich in der im Gefängnis verfaßten und nach ihrem Tod von Paul Levi veröffentlichten Schrift „Die russische Revolution“ auseinander. Dieser vielzitierte Essay enthält keine antirevolutionäre Kritik. Nachdrücklich betonte sie: „In dieser Situation gebührt denn der bolschewistischen Richtung das geschichtliche Verdienst, von Anfang an diejenige Taktik proklamiert und mit eiserner Konsequenz verfolgt zu haben, die allein die Demokratie retten und die Revolution vorwärts treiben konnte. Die ganze Macht ausschließlich in die Hände der Arbeiter- und Bauernmasse, in die Hände der Sowjets — dies war in der Tat der einzige Ausweg aus der Schwierigkeit, in die die Revolution geraten war, das war der Schwertstreich, womit der gordische Knoten durchhauen, die Revolution aus dem Engpaß hinausgeführt und vor ihr das freie Blachfeld einer ungehemmten weiteren Entfaltung geöffnet wurde. Die Lenin-Partei war somit die einzige in Rußland, welche die wahren Interessen der Revolution in jener ersten Periode begriff, sie war ihr vorwärtstreibendes Element, also in diesem Sinne die einzige Partei, die wirklich sozialistische Politik treibt.“⁵⁹⁾

Sie spöttelte über die deutschen Sozialdemokraten, die als „eingefleischte Zöglinge des parlamentarischen Kretinismus . . . einfach die hausbackene Weisheit der parlamentarischen Kinderstube“ auf die Revolution übertragen⁶⁰⁾. Sie polemisierte gegen Karl Kautsky, der „Rußland als wirtschaftlich zurückgebliebenes, vorwiegend agrarisches Land für die soziale Revolution und für eine Diktatur des Proletariats noch nicht reif“ hielt⁶¹⁾. Aber bei

allem Wohlwollen gegenüber Lenin und den Bolschewiki enthüllte sie in der genannten Schrift schonungslos die Praktiken der sowjetrussischen Parteiführer: „Lenin und Trotzki haben an Stelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgebeten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft — eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft . . .“⁶²⁾

Sie warf Trotzki und Lenin vor, daß sie durch „die Beseitigung der Demokratie überhaupt . . . den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können“, verschüttet und das „aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breiten Volksmassen“ gelähmt hätten⁶³⁾. Sie forderte von den sowjetrussischen Parteiführern „freie, ungehemmte Presse“ und „ungehinder- tes Vereins- und Versammlungsleben“⁶⁴⁾. Rosa Luxemburg begründete dies mit den beiden inzwischen klassisch gewordenen Sätzen: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei — mögen sie noch so zahlreich sein — ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur die Freiheit des anders Denkenden.“⁶⁵⁾

Umstritten ist die Frage, ob sie — wie es auch Lenin behauptete — nach der Haftentlassung etwas von ihren Thesen zurückgenommen hat.

⁵⁷⁾ A. a. O., S. 33.

⁵⁸⁾ A. a. O., S. 44.

⁵⁹⁾ A. a. O., S. 51 f.

⁶⁰⁾ A. a. O., S. 54.

⁶¹⁾ A. a. O., S. 45 f.

⁶²⁾ A. a. O., S. 75.

⁶³⁾ A. a. O., S. 69.

⁶⁴⁾ A. a. O., S. 72.

⁶⁵⁾ A. a. O., S. 73.

Wenn man bedenkt, daß sie noch in den letzten Wochen ihres Lebens an den Prinzipien ihrer Schrift — nicht Diktatur einer Handvoll Politiker, sondern Diktatur einer Klasse als Form sozialistischer Demokratie — festgehalten hat und auf eine gewisse Distanz zu den russischen Bolschewiki bedacht war, so erscheint ein Abrücken von ihrem Essay über die russische Revolution recht zweifelhaft.

Neben der Frage Demokratie und Diktatur (die nach ihrer Meinung keine Alternative, sondern eine Einheit bilden und weder im Kautsky'schen und sozialdemokratischen Sinne einer parlamentarischen Demokratie noch im bolschewistischen Sinne einer Parteiherrschaft gelöst werden sollte) unterschied sie sich von Lenin in der Agrar- und Nationalitätenpolitik. Sie lehnte Lenins „Überführung des Großgrundbesitzes in bäuerlichen Grundbesitz“ ab und sprach sich für „Nationalisierung des groben und mittleren Grundbesitzes“ und für die „Vereinigung der Industrie und der Landwirtschaft“ aus⁶⁶⁾. Sie fürchtete, daß der Kleinbetrieb den technischen Anforderungen nicht gewachsen sei und daß auf dem Lande eine

Armee von antisozialistischen Kleingrundbesitzern entstünde. Die spätere sowjetrussische Agrarpolitik hat sich bei der Einführung von Kolchosen anscheinend Rosa Luxemburgs Einwände teilweise zu eigen gemacht.

Wie sie in ihrer Jugend die Bestrebungen der polnischen Sozialdemokratie, ein unabhängiges Polen zu errichten, abgelehnt hatte, so verwarf sie auch die Leninsche These vom „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, wodurch Lenin in Konkurrenz zu dem amerikanischen Präsidenten Wilson getreten war. Sie spöttelte darüber, daß Lenin und Trotzki offensichtlich in den Kategorien des Völkerbundes dächten und wies darauf hin, daß Finnland, die Ukraine, Polen, die Baltischen Länder, der Kaukasus und andere Länder „das ‚nationale Selbstbestimmungsrecht zu einem Werkzeug ihrer konterrevolutionären Klassenpolitik verkehrten“⁶⁷⁾. Die meisten der sezessionistischen Länder sind bekanntlich später — oftmals durch Methoden, die Rosa Luxemburg sicherlich nicht gebilligt hätte — wieder von der Sowjetunion einverleibt worden.

Rosa Luxemburgs Kampf gegen den Krieg

Die wissenschaftlichen Untersuchungen über die Kriegsgefahr im Zeichen des Kolonialismus fanden ihren Niederschlag in der 1913 erschienenen Schrift „Die Akkumulation des Kapitals“. Sie erklärte darin, daß die erweiterte kapitalistische Reproduktion in einer geschlossenen Volkswirtschaft unmöglich sei und daß der Kapitalismus, um überleben zu können, vorkapitalistische Gebiete erobern müsse. Durch immer weitere Expansion schrumpfe die nichtkapitalistische Welt immer mehr ein. Es entstehe ein Konkurrenzkampf der kapitalistischen Staaten um die letzten unterentwickelten Gebiete, der schließlich zu Kriegen führen müsse. Lenin übte an dieser Schrift Kritik, da sie seiner Meinung nach die Probleme des Kapitalismus und des Imperialismus von den Heimatländern in die Kolonien verpflanze.

Als eine Frau der Tat begnügte sich Rosa Luxemburg nicht mit wissenschaftlichen Analysen, sondern führte auf internationalen Kongressen einen energischen Kampf gegen die heraufziehende Kriegsgefahr. Sie war keine eindeutige Pazifistin, etwa im Sinne des spä-

ten Tolstoi. Dessen Grundsatz vom „Nichtwiderstehen dem Übel“ lehnte sie ab: „Die Propaganda des ‚Nichtwiderstehens dem Übel‘, die Verpönung aller Gewaltanwendung im Kampf mit der herrschenden Reaktion, der man nur die ‚innere Läuterung‘ des Individuums entgegensustellen habe, diese Theorien der sozialen Passivität wurden in der Stimmung der achtziger Jahre zur ernststen Gefahr für die russische Intelligenz, zumal sie sich so berückender Mittel bedienen konnte wie der Feder und der moralischen Autorität Leo Tolstois.“⁶⁸⁾

Als Rosa Luxemburg nach ihrer Äußerung: „Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffen gegen unsre französischen oder andern Brüder zu erheben, dann rufen wir: Das tun wir nicht“, am 20. Februar 1914 wegen Vergehens gegen die Paragraphen 110 und 111 (Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und zu strafbaren Handlungen) vor der Frankfurter Strafkammer stand, da wandte sie sich gegen eine allzu einfache Auslegung ihrer Antikriegshaltung: „Und nun frage ich: Finden Sie, meine

⁶⁷⁾ A. a. O., S. 60 f.

⁶⁸⁾ Zit. nach Paul Frölich, S. 22.

⁶⁶⁾ A. a. O., S. 57 und 56.

Herren, in all diesen Resolutionen und Beschlüssen auch nur eine Aufforderung, die dahin geht, daß wir uns vor die Soldaten hinstellen und ihnen zurufen sollen: Schießt nicht! . . . Nein, wir tun es nicht, weil wir uns sagen: jene, die im sogenannten Rock des Königs stecken, sind doch nur ein Teil des werktätigen Volkes, und wenn dieses zu der nötigen Erkenntnis in bezug auf das Verwerfliche und Volksfeindliche der Kriege gelangt, dann werden auch die Soldaten von selbst wissen, ohne unsere Aufforderung, was sie im gegebenen Falle zu tun haben.“⁶⁹⁾

Da sie das Milizsystem nach Schweizer Vorbild befürwortete, war sie weit entfernt von der Parole „Die Waffen nieder“ einer Bertha von Suttner. Rosa Luxemburg sah ihre Aufgabe darin, daß Bewußtsein der werktätigen Bevölkerung zu wecken, so daß — wie sie ausführte — *„die Mehrheit des Volkes zu der Überzeugung gelangt, daß Kriege eine barbarische, tief unsittliche, reaktionäre und volksfeindliche Erscheinung sind“*. Wenn dies gelänge, *„dann sind die Kriege unmöglich ge-*

worden — und mag zunächst der Soldat noch den Befehlen der Obrigkeit Gehorsam leisten!“⁷⁰⁾.

In der im Gefängnis verfaßten Junius-Broschüre erhob sie Anklage gegen den Krieg und gegen die wirklich und vermeintlich Verantwortlichen: „Das Geschäft gedeiht auf Trümmern. Städte werden zu Schutthaufen, Dörfer zu Friedhöfen, Länder zu Wüsteneien, Bevölkerungen zu Bettlerhaufen, Kirchen zu Pferdeställen; Völkerrecht, Staatsverträge, Bündnisse, heiligste Worte, höchste Autoritäten in Fetzen zerrissen . . . Geschändet, entehrt, im Blute wadend, von Schmutz triefend — so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist sie.“⁷¹⁾

„Die Dividenden steigen, und die Proletarier fallen. Und mit jedem sinkt ein Kämpfer der Zukunft, ein Soldat der Revolution, ein Retter der Menschheit vom Joch des Kapitalismus ins Grab.“⁷²⁾

Scharf kritisierte sie auch die sozialistischen Parteien in Deutschland, England und Frankreich wegen ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten und wegen ihrer Burgfriedenspolitik.

Von der SPD zur KPD

Frühzeitig traten Meinungsverschiedenheiten zwischen Rosa Luxemburg und dem SPD-Vorsitzenden August Bebel auf. Sie war darüber enttäuscht, daß dem Jenaer Parteitag von 1905 eine Bebelsche Resolution vorlag, die den Generalstreik nur als defensives Mittel zur Verteidigung des Wahlrechtes vorsah. Dennoch stimmte sie, und mit ihr die radikale Linke der Partei, für die Bebelsche Resolution. In einem Brief an Henriette Roland-Holst motivierte sie ihre Haltung: „Ich bin ganz mit Dir einverstanden, daß die Bebelsche Resolution die Frage vom Massenstreik sehr einseitig und flach auffaßt . . . Wie schon mehrmals sahen wir ‚äußerste Linke‘ uns gezwungen, trotz wichtiger Differenzen mit Bebel, nicht ihn, sondern zusammen mit ihm die Opportunisten zu bekämpfen . . .“⁷³⁾

Jedoch signalisierte die Diskussion um den Massenstreik die wachsende Entfremdung der Linken um Rosa Luxemburg von dem marxistischen Zentrum Bebels und Kautskys. Der Bruch Rosa Luxemburgs mit der „Leipziger Volkszeitung“ nach dem Jenaer Parteitag von 1913 leitete zudem die organisatorische Trennung des linksradikalen Flügels — repräsentiert durch R. Luxemburg, Franz Mehring und Julian Marchlewski — vom marxistischen Zentrum ein. Verschärft wurden die Spannungen durch die Auseinandersetzungen um die Zustimmung der Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten. Am 4. August 1914, am Tage, da der Reichstag unter Einschluß der SPD-Fraktion für die Kriegskredite stimmte, trafen sich in Rosa Luxemburgs Wohnung einflußreiche Kriegsgegner, um über Maßnahmen der Linksoption zu beraten. (Allerdings war die Opposition gegen die Bewilligung der Kriegskredite nicht immer identisch mit der Linken in der Vorkriegs-Sozialdemokratie. Während ein Revisionist wie Bernstein bereits Ende 1915 gegen die Kriegskredite votierte, blieben führende Linke der Vorkriegszeit beim Votum der Mehrheitsfraktion.) Als Organ der linken

⁶⁹⁾ Politische Schriften II, S. 15.

⁷⁰⁾ A. a. O., S. 10.

⁷¹⁾ Politische Schriften II, S. 20.

⁷²⁾ A. a. O., S. 151.

⁷³⁾ Henriette Roland-Holst, Rosa Luxemburg, ihr Leben und Wirken, Zürich 1937, S. 218; zit. nach Paul Frölich S. 165.

Kriegsgegner erschien im Frühjahr 1915 die von Rosa Luxemburg und Franz Mehring herausgegebene Schrift „Die Internationale“. Im Anschluß daran nannten sich Rosa Luxemburgs politische Freunde „Gruppe Internationale“.

Nach einem politischen Brief vom 27. Januar 1916, der mit „Spartacus“ unterzeichnet war, hieß die Gruppe fortan Spartakusgruppe, die weiterhin eine aktive Kaderorganisation innerhalb der SPD bildete. Als Parteiopponenten der Mitte um Haase und Dittmann 1917 die USPD als neue Partei gründeten, schloß sich ihr die Spartakusgruppe an ⁷⁴⁾.

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie schuf sich die Spartakusgruppe mit der „Roten Fahne“ ein eigenes Organ. Am 11. November 1918 bildeten Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches, Franz Mehring, Ernst Meyer, Hermann und Käte Duncker, Paul Levi, Paul Lange, August Thalheimer und Wilhelm Pieck die Zentrale der Spartakusgruppe, die sich fortan „Spartakusbund“ nannte ⁷⁵⁾. Am 14. Dezember 1918 veröffentlichte „Die Rote Fahne“ das von Rosa Luxemburg verfaßte Spartakusprogramm „Was will der Spartakusbund?“ Sie forderte darin unter anderem die Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere und nichtproletarischer Soldaten, eine Bewaffnung der gesamten erwachsenen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz und die Wahl aller Vorgesetzten durch die Mannschaften unter jederzeitigem Rückberufungsrecht; die Abschaffung aller Einzelstaaten, die Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktionen durch Arbeiter- und Soldatenräte und ihre Ausschüsse und Organe, Wahl von Arbeiterräten nach Betrieben in ganz Deutschland durch die gesamte erwachsene Arbeiterschaft beider Geschlechter sowie Wahl von Soldatenräten durch die Mannschaften, „unter Ausschluß der Offiziere und Kapitulanten“.

Im ganzen Reich sollten Delegierte von Arbeiter- und Soldatenräten für den Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte gewählt werden, der seinerseits den Vollzugsrat als das oberste Organ der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt zu wählen habe. Die Arbeiter und Soldaten sollten das Recht zur jederzeitigen Rückberufung ihrer Vertreter haben. Damit würde das Recht der lokalen Arbeiter- und Soldatenräte korrespondieren, jederzeit ihre

Vertreter im Zentralrat, falls diese nicht im Sinne ihrer Auftraggeber handeln, zurückzurufen und zu ersetzen. Der Zentralrat solle vorläufig mindestens alle drei Monate — unter jeweiliger Neuwahl der Delegierten — zur ständigen Kontrolle des Vollzugsrates zusammentreten. Der Vollzugsrat habe die Volksbeauftragten sowie die zentralen Reichsbehörden und Beamten zu ernennen und abzusetzen ⁷⁶⁾.

Ihre wirtschaftlichen Forderungen zielten unter anderem auf die Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik, auf die Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten, vom Zentralrat festzusetzenden Höhe an und auf die Übernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens durch die Räterepublik. Der Grund und Boden aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe sollte zugunsten sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften unter einheitlicher zentraler Leitung im ganzen Reiche enteignet werden. Von bäuerlichen Kleinbetrieben wurde ein freiwilliger Anschluß an die sozialistischen Genossenschaften erwartet ⁷⁷⁾. Entschieden lehnte es der Spartakusbund ab, mit den Sozialdemokraten Ebert und Scheidemann die Regierungsgewalt zu teilen ⁷⁸⁾.

Vom 16. bis zum 21. Dezember 1918 tagte in Berlin der 1. Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, der sich mit überwältigender Mehrheit im Sinne der SPD und gegen die Meinung des Spartakusbundes für die Wahl zur Nationalversammlung entschied. Als die USPD-Parteileitung nicht bereit war, Rosa Luxemburgs Wunsch nach einem Parteitag stattzugeben, stellte sie ihre Bedenken gegen die Gründung einer eigenen Partei zurück. Vom 29.—31. Dezember 1918 konstituierte sich dann der Spartakusbund als Gründungsparteitag der KPD. Bereits die Zentrale hatte Rosa Luxemburgs Vorschlag, die neue Partei in einer gewissen Distanz zu den Bolschewiki „Sozialistische Partei“ zu nennen, verworfen. Es war auch eine gewisse Kritik an den Methoden der Bolschewiki, die der Delegierte Frölich aus dem Satz des Spartakusprogrammes „Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord“ interpretierte ⁷⁹⁾.

⁷⁴⁾ Vgl. die Einleitung von Hermann Weber zu: Der Gründungsparteitag der KPD, S. 10—23.

⁷⁵⁾ A. a. O., S. 29.

⁷⁶⁾ Politische Schriften II, S. 166 f.

⁷⁷⁾ A. a. O., S. 167 f.

⁷⁸⁾ A. a. O., S. 169.

⁷⁹⁾ Vgl. Der Gründungsparteitag der KPD, S. 202.

Hatte Rosa Luxemburg noch am 17. Dezember in der „Roten Fahne“ „Parlament, Nationalversammlung, gleicher Stimmzettel“ als „Lug und Trug“ bezeichnet⁸⁰⁾, so beschwor sie die Delegierten auf dem Gründungsparteitag der KPD (also nach dem Beschluß des Rätekongresses für die Nationalversammlung), der Teilnahme an der Wahl zuzustimmen. Sie wollte zwar weiterhin „die Nationalversammlung als ein gegenrevolutionäres Bollwerk bekämpfen“, aber sie betrachtete die Wahl als eine Möglichkeit, „um die geistige Revolutionierung der Massen zu vertiefen“. Im Grunde ging es ihr bei ihrem Vorschlag, der später abgelehnt wurde, darum, „daß wir die Massen aufrufen und erziehen wollen, um die Nationalversammlung zunichte zu machen“⁸¹⁾.

In ihrer Parteitage Rede „Unser Programm und die politische Situation“ kannten ihre Beschimpfungen der Sozialdemokraten kein Maß. Ebert und Scheidemann bezeichnete sie als „Judasse der sozialistischen Bewegung“⁸²⁾. Darüber hinaus wären „die deutschen Gewerk-

schaftsführer und die deutschen Sozialdemokraten die infamsten und größten Halunken, die in der Welt gelebt haben“⁸³⁾. Nicht besser kamen die Unabhängigen Sozialdemokraten weg: „Parteigenossen, die Herren Haase, Dittmann usw. haben unter allerlei Larven und Schminken die Revolution, die sozialistische Ware an den Mann bringen wollen, sie haben sich als Kuppler der Konterrevolution erwiesen.“⁸⁴⁾ Rosa Luxemburg wollte zwar nicht den kommunistischen Aufstand vom Januar 1919. Aber ihre überspitzt polemischen Äußerungen waren nicht dazu geeignet, die Emotionen abzuschwächen. Die kommunistischen Aufständigen vom Januar 1919 hatten sich zudem ihre Parole aus dem Spartakusprogramm zu eigen gemacht: „Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen — zu kämpfen und siegen.“⁸⁵⁾

Schlußbetrachtung

In einem Schreiben an Mathilde Wurm vom 28. Dezember 1916 erklärte Rosa Luxemburg, sie sei „hart geworden wie geschliffener Stahl“, und sie kündigte an, nach ihrer Rückkehr aus dem Gefängnis werde sie „Eure Froschgesellschaft jagen und hetzen mit Trompetenschall, Peitschengeknall und Bluthunden — wie Penthesilea . . .“⁸⁶⁾. Andererseits begegnen wir in ihren Briefen einer warmherzigen Frau, die von sich sagen konnte: „. . . ich fühle mich in der ganzen Welt zu Hause, wo es Wolken und Vögel und Menschentränen gibt . . .“⁸⁷⁾. Man muß ihren Mut vor der Frankfurter Strafkammer — wo sie hart mit der Wilhelminischen Kriegshetze abrechnete — und bei ihren zahlreichen Aktionen gegen den Weltkrieg bewundern.

Doch gibt sie als Publizistin und Politikerin zu Kritik Anlaß. Es tut dem Respekt vor ihrer klaren Gedankenführung und ihrer gefeilten Sprache keinen Abbruch, wenn man darauf hinweist, daß sich ihre schriftstellerische Phan-

tasie meist an der Polemik entzündete — an der Polemik gegen Bernstein, Kautsky oder Lenin. Diese Polemik ist in der Frühzeit meist äußerst subtil und geistvoll. Sie verliert aber schon in der Junius-Broschüre den Sinn für Proportionen, weil sie — so problematisch auch die Politik der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg gewesen sein mag — zu dem Trugschluß verleiten mag, die noch weitgehend diskriminierte SPD und nicht die herrschenden Kräfte des Wilhelminischen Reiches (und anderer Staaten) seien für die verhängnisvolle Kriegspolitik verantwortlich. Die Friedensbemühungen Scheidemanns und den Pazifismus eines Bernstein erkennt sie nicht an. Da sie die Gesinnungsethik weit über die Verantwortungsethik stellte, hat sie manches zur Spaltung der Arbeiterbewegung beigetragen.

Ihre Invektiven gegen Ebert, Scheidemann und Haase auf dem Gründungsparteitag der KPD kündigten bereits den geistigen Niedergang ihrer Partei an. Wenn sie — von der hohen Warte ihrer feineren Herkunft und ihrer besseren Bildung herab die „derbe Parvenügestalt des Ebert“ bespöttelte⁸⁸⁾, so bereitete sie den

⁸⁰⁾ Vgl. Der Gründungsparteitag der KPD, S. 40 f. Fußnote.

⁸¹⁾ A. a. O., S. 103.

⁸²⁾ A. a. O., S. 195.

⁸³⁾ A. a. O., S. 194.

⁸⁴⁾ A. a. O., S. 187.

⁸⁵⁾ Politische Schriften II, S. 165.

⁸⁶⁾ Briefe an Freunde, S. 45 f.

⁸⁷⁾ A. a. O., S. 49.

⁸⁸⁾ Der Gründungsparteitag der KPD, S. 187 und S. 191.

Boden für die hämischen Witzeleien von Spießbürgern gegen den ehemaligen Sattlergesellen und Schankwirt an der Spitze des Reiches. An ihre Denunziation von Ebert und Scheidemann als „Zuchthäusler“⁸⁹⁾ konnte die antidemokratische Hetze gegen die angeblichen „Novemberverbrecher“ anknüpfen.

Rosa Luxemburgs Rätemodell stand im Gegensatz zu der demokratischen Forderung nach einem allgemeinen freien und gleichen Wahlrecht. Neben „Offizieren und Kapitulanten“ die ausdrücklich genannt wurden — wären noch viele andere Bevölkerungskreise vom Wahlrecht für die Arbeiter- und Soldatenräte ausgeschlossen worden. Gegenüber der parlamentarischen Demokratie mit ihrer Zweistufigkeit der politischen Willensbildung (Wahl des Parlamentes durch die Bevölkerung, Wahl des Regierungschefs durch das Parlament bzw. Bildung der Regierung nach der Zusammensetzung des Parlamentes) wollte sie eine Vierstufigkeit von regionalem Arbeiterrat, Zentralrat, Vollzugsrat und Volksbeauftragten. Dies erinnert etwas an die Pläne konservativer Kreise, die parlamentarische Demokratie durch einen sogenannten organischen Aufbau mit direkter Wahl nur auf unterster Ebene und dem Zustandekommen des Zentralparlamentes durch eine Kette von indirekten Wahlen zu ersetzen.

Die ständige Möglichkeit einer Ab- bzw. Neuwahl im Räteystem wäre nur einer kleinen, kämpferischen Minderheit zugute gekommen, die als disziplinierte Kadertruppe alle Willensentscheidungen beeinflusst und alle renitenten Delegierten sofort abgesetzt hätte. Die Entwicklung in Rußland nach 1917 zeigt, wie leicht das Räteystem durch eine disziplinierte Minderheit zu einer Diktatur umgestaltet werden kann.

Aus vielen Äußerungen Rosa Luxemburgs spricht eine ausgeprägte Kompromiß- und Konzessionsfeindlichkeit. Sie wolle sich ihre Epauletten auf dem linken Flügel verdienen, „und nicht auf dem rechten, wo man mit dem Feinde kompromisseln will“, erklärte sie bereits auf dem Parteitag von 1899⁹⁰⁾. Sie werle „nunmehr weder politisch noch im persönlichen Umgang auch die geringste Konzession nach“, schrieb sie aus der Haft an Mathilde Wurm⁹¹⁾. Sie betrachtete es als einen Vorzug, laß bei ihr — die in der Wilhelmischen Ära

weder aktives noch passives Wahlrecht besaß und deshalb auch nicht Parlamentsmitglied werden konnte —, „all die störenden Nebemomente“ wie „Ängstlichkeit, Routine, parlamentarischer Kretinismus“ wegfielen⁹²⁾. Ihr Biograph Paul Frölich schrieb: „In der Freundschaft hielt es Rosa mit der Losung: Alles oder nichts!“⁹³⁾

So wurde Rosa Luxemburg zur Protagonistin eines kompromißlosen Purismus, der sich im Besitz der vorgegebenen Wahrheit wähnt. Deswegen mußte sie auch die parlamentarische Demokratie — nach Bernstein eine Hochschule des Kompromisses — ablehnen. Der Gegensatz zwischen Bernstein und Rosa Luxemburg widerspiegelt auch einen alten philosophischen Streit, der bis auf den Universalienstreit des Mittelalters zurückgeht. Damals vertraten Thomas v. Aquin und seine Schüler aus dem Orden der Dominikaner den Primat des Intellectes, während die Franziskaner Duns Scotus und Occam den Primat des Willens verfochten.

Die Kontroverse ‚Intellectualismus‘ oder ‚Voluntarismus‘ durchzieht die gesamte Philosophiegeschichte. Eduard Bernstein, der praktische Reformarbeit und Theorie in Einklang bringen wollte, der gründliche Schulung als Voraussetzung für eine verantwortliche Tätigkeit ansah und der für das parlamentarische System eintrat — das als „government by discussion“ auf die intellektuelle Tradition bis zum Versuch der optimalen Wahrheitsfindung durch den Platonischen Dialog zurückgeht —, verteidigte — wie teilweise auch Kautsky — das intellektuelle Prinzip gegen den Vorherrschaftsanspruch des politischen Voluntarismus.

Dieser wurde von Rosa Luxemburg am deutlichsten auf dem Gründungsparteitag der KPD vertreten: „Die Masse muß, indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben. Es gibt kein anderes Mittel, ihr das beizubringen. Wir sind nämlich zum Glück über die Zeiten hinaus, wo es hieß, das Proletariat sozialistisch schulen. Diese Zeiten scheinen für die Marxisten von der Kautskyschen Schule bis auf den heutigen Tag noch zu existieren. Die proletarischen Massen sozialistisch schulen, das heißt: ihnen Vorträge halten und Flugblätter und Broschüren verteilen. Nein, die sozialistische Proletarierschule braucht das alles nicht. Sie werden geschult, indem sie zur Tat greifen. (Sehr richtig!) Hier heißt es: Im Anfang war die Tat; und

⁸⁹⁾ A. a. O., S. 195

⁹⁰⁾ Rosa Luxemburg in Selbstzeugnissen, S. 37.

⁹¹⁾ Briefe an Freunde, S. 45.

⁹²⁾ A. a. O., S. 47.

⁹³⁾ Frölich, S. 99

die Tat muß sein, daß die Arbeiter- und Soldatenräte sich berufen fühlen und es lernen, die einzige öffentliche Gewalt im ganzen Reiche zu werden . . ." ⁹⁴⁾

Rosa Luxemburg wurde in ihrem Aktionismus und Voluntarismus durch den Repräsentanten des französischen Syndikalismus, Georges Sorel, der auch der Lehrer des Voluntaristen, frühen Sozialisten und späteren Faschisten Benito Mussolini war, inspiriert.

⁹⁴⁾ Der Gründungsparteitag der KPD, S. 198 f.

Obwohl die Idee des Voluntarismus in diesem Jahrhundert gefährliche Konsequenzen hatte, bleibt Rosa Luxemburg trotz allem eine Symbolfigur für die Menschen, die in den Ländern des Ostblocks gegen die Verharschung und Verfilzung des totalen Parteiapparates ankämpfen. Sie bleibt wegen ihres Internationalismus, radikalen Humanismus, wegen der Lauterkeit ihres Denkens und Wollens auch für parlamentarische Demokraten eine verehrungswürdige Gestalt.

Heinrich Brüning und der Niedergang der Weimarer Republik

Die Stellung Brünings im Herbst 1931

Am 27. März 1930 war Reichskanzler Hermann Müller mit seinem Kabinett zurückgetreten. Die seit dem Tod Stresemanns und dem Beginn der Weltwirtschaftskrise dahinsiechende Große Koalition hatte aufgehört zu bestehen. Nach mancherlei Auseinandersetzungen auf dem Felde der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik war es schließlich über die Frage der Arbeitslosenversicherung zum Bruch gekommen, der für die meisten politischen Beobachter eine längere Regierungskrise, wenn nicht gar die Parlamentsauflösung zur Folge haben mußte.

Um so überraschender kam, kaum 24 Stunden nach der Demission Müllers, über Wolffs-Telegraphen-Büro die Meldung, der Reichspräsident habe den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums, Dr. Heinrich Brüning, mit der Regierungsneubildung beauftragt. Der 44jährige Zentrumspolitiker stellte in kürzester Frist sein Kabinett¹⁾ zusammen und trat bereits am 1. April 1930 mit der Regierungserklärung vor den verdutzten Reichstag.

Heinrich Brüning hatte erstaunlich schnell eine glänzende politische Karriere gemacht. Am 26. November 1885 im westfälischen Münster geboren, war er nach Studium und Kriegsteilnahme über eine kurze Tätigkeit bei dem katholischen Sozialpolitiker Dr. Carl Sonnenschein in Berlin zum persönlichen Referenten des preußischen Wohlfahrtsministers Adam Stegerwald aufgestiegen. 1924 zog er, inzwischen Geschäftsführer des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes, über die Liste des schlesischen Wahlkreises Breslau in den Reichstag ein. Hier machte er sich schon bald als Wirtschafts- und Finanzexperte seiner Partei einen Namen. Im Dezember 1929 wählte ihn die Zentrumsfraktion zu ihrem Vorsitzen-

den. Diese Position ließ Brüning beinahe automatisch in den Kreis der potentiellen Anwärter auf das Kanzleramt rücken, zumal nach dem Zerwürfnis zwischen den Flügelparteien der Großen Koalition, SPD und DVP, praktisch nur ein Politiker der Mitte Aussicht auf das Zustandebringen einer Mehrheit im Reichstag hatte.

Das Kabinett Brüning nahm die ersten parlamentarischen Hürden bravourös. Der erwartete Mißtrauensantrag der SPD wurde von der Volksvertretung abgelehnt, ein Gesetz zum Schutz der Landwirtschaft sowie neue Deckungsvorlagen erhielten ausreichende Mehrheiten. Erst bei der Beratung des noch immer nicht verabschiedeten Reichsetats 1930 kam es zum Eklat: Das Parlament lehnte am 16. Juli die eingebrachten Deckungsvorschläge ab und setzte am 18. Juli auch die Notverordnung²⁾, mit der Brüning die durchgefallenen Vorlagen durchbringen wollte, außer Kraft. Daraufhin verfügte der Reichspräsident noch am gleichen Tage die Auflösung des Reichstags und beauftragte Neuwahlen für den 14. September an. Der Reichsetat 1930 wurde mit nur geringfügigen Änderungen am 26. Juli auf dem Notverordnungswege durchgesetzt.

Die Septemberwahlen 1930 endeten für den Kanzler und die demokratischen Parteien mit einem von vielen befürchteten Debakel: DDP, DVP und SPD mußten große Verluste hinnehmen, während die Kommunisten 77, die Nationalsozialisten sogar 107 Mandate (1928: 12) erringen konnten. Lediglich das Zentrum und die Bayerische Volkspartei hatten sich leicht verbessern können. Eine Mehrheitsbildung im Reichstag war erheblich schwieriger geworden als vor den Wahlen.

¹⁾ Es handelte sich um ein Minderheitskabinett, getragen vom Zentrum, der DDP, DVP und BVP. Zu den sieben Ministern, die er aus dem Kabinett Müller übernahm, kamen Stegerwald (Z), Bredt (Wirtschaftspartei), Treviranus (Volkskonservative) und Schiele (DNVP) hinzu.

²⁾ Nach Art. 48 RV konnte der Reichspräsident bei einer erheblichen Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung Maßnahmen treffen, die zu ihrer Wiederherstellung notwendig erschienen. Die zahlreichen Notverordnungen der Brüning-Ära basieren auf diesem Artikel.

Der Kanzler und die Parteien der im März zerbrochenen Großen Koalition zogen aus dem Wahlergebnis die einzig mögliche und richtige Konsequenz: sie entschlossen sich zu einer relativ losen Zusammenarbeit. Es bildete sich das System eines „parlamentarisch tolerierten Präsidialkabinetts“³⁾ heraus, das in der Folgezeit überraschend gut funktionierte. Die Regierung arbeitete die zur Bekämpfung der Krise notwendigen Gesetze aus, erörterte sie mit der Führung der sie stützenden oder tolerierenden Parteien, erließ sie im Wege der Notverordnungen und vertraute darauf, daß der Reichstag Anträge auf Aufhebung der betreffenden Verordnungen ablehnte. Noch im Herbst 1931 gab es keinerlei Anzeichen dafür, daß sich an dieser Praxis etwas Grundlegendes ändern würde. Trotz des starken Rechtsdralls der DVP und gelegentlicher Schwierigkeiten mit dem Landvolk und der Wirtschaftspartei hielt die Mehrheit des Reichstages still und sicherte dem Kanzler in den selten gewordenen Sessionen beruhigende Mehrheiten.

Schlüsselfigur im neuen System war ohne Zweifel der Reichspräsident. Da die Vollmachten nach Art. 48 der Reichsverfassung (RV) nur ihm zukamen, war der jeweilige Kanzler bei allen Notverordnungen auf die Zustimmung des Staatsoberhauptes angewiesen. Der Kanzler mußte folglich alles tun, um sich das Wohlwollen des Präsidenten zu sichern und Einflußnahmen von anderer Seite zu verhindern.

Bis in den Herbst 1931 hinein war das Verhältnis Präsident—Kanzler gut. Paul von Hindenburg, seit 1925 an der Spitze der Republik, hatte seinem Kanzler noch keine Unterschrift verweigert, auch dann nicht, als die katastrophale Wirtschaftslage einschneidende und dazu höchst unpopuläre Maßnahmen notwendig machte. Die im großen und ganzen reibungslose Zusammenarbeit beruhte auf gegenseitigem Respekt, einer weitgehenden Übereinstimmung in den nationalen Schicksalsfragen und nicht zuletzt der Erkenntnis, daß der eine den anderen bei der Lösung der anstehenden Probleme brauchte. Wenn es dennoch zu Meinungsverschiedenheiten kam, hatte Brüning in Reichswehrminister Groener und dem Chef des Ministeramtes der Reichswehr, General von Schleicher, einflußreiche Fürsprecher beim „alten Herrn“, die zu diesem Zeitpunkt noch

³⁾ Diese Formulierung geht zurück auf den sozialdemokratischen Journalisten und Politiker Friedrich Stampfer.

beide auf Brüning setzten und das Ihre taten, um den Präsidenten dem Kanzler willfährig zu machen. Solange das „Bündnis der großen Vier“ Hindenburg—Brüning—Groener—Schleicher intakt blieb und das Parlament zur Tolerierung der Brüning'schen Politik bereit war, schien die Position des Kanzlers unerschütter.

In der Öffentlichkeit stießen die drakonischen Sparmaßnahmen der Regierung begreiflicher Weise auf wenig Gegenliebe. Der deflationistische Kurs der Wirtschaftspolitik, mit dem sich Brüning in Übereinstimmung mit den führenden bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern seiner Zeit wußte, und den er gegen die Warnungen der Gewerkschaften durchzusetzen suchte, verlangte von allen Bevölkerungsschichten ungeheure Opfer. Die Zahl der Arbeitslosen, die im Juli bei 3,9 Millionen gelegen hatte, näherte sich einem neuen Höchststand, der im Winter 1931 mit rund 6 Millionen erreicht wurde. Durch Steuererhöhungen, Sondersteuern und Gehaltskürzungen wurden vor allem der Mittelstand und die Arbeitnehmerschaft hart getroffen. Mit Geduld suchten die Parteien, die den Brüning-Kurs stützten, ihre Mitglieder und Wähler zu beschwichtigen und die Notwendigkeit der Schritte des „Hungerkanzlers“ einsichtig zu machen.

Brüning selbst schien das Echo auf seine Sparpolitik wenig zu kümmern. Er hoffte unbeirrt, die ‚Durststrecke‘ durchzustehen und bis zum nächsten Wählervotum im Jahre 1934 die ‚Talsohle‘ durchschritten zu haben. Eine Bedrohung seiner Position durch die öffentliche Meinung war nicht zu befürchten, solange eine echte Alternative fehlte und die Gegner Brüning's aus weltanschaulich sehr unterschiedlichen Lagern kamen.

Ein weiterer wichtiger Faktor im Machtgefüge des Weimarer Staates war die Reichswehr. Lange Zeit „Staat im Staate“, gelangte sie mit dem Aufstieg der Offiziersgruppe um Schleicher immer stärker in den Vordergrund und wurde in Spekulationen um neue, andersartige Regierungsformen mit einbezogen. Das Anwachsen des Radikalismus auf der Linken und Rechten, das einen Putschversuch in den Bereich des Möglichen rücken ließ, hatte ein gefährliches Ansteigen des politischen Einflusses der Armee zur Folge. Brüning hatte sich gegenüber der Reichswehr mehrfach abgesichert. Er wählte sich im Besitz des vollen Vertrauens des Reichspräsidenten, der den Oberbefehl über die Reichswehr verfassungsgemäß innehatte, unterhielt ein sehr freund-

schaftliches Verhältnis zu Groener, dem verantwortlichen Minister, und war stets bemüht, die Interessen und Wünsche der Generalität im politischen Kalkül zu berücksichtigen.

Es mußte den Kanzler sehr befremden, als ausgerechnet der Reichspräsident Ende September für einen unüberhörbaren Mißklang sorgte. Hindenburg verlangte vom Kanzler, die der Rechten besonders mißliebigen Minister Curtius (Äußeres), Wirth (Inneres) und von Guerard (Verkehr) „durch andere Persönlichkeiten zu ersetzen“⁴⁾. Der ‚Schuß aus Neu-deck‘ offenbarte, daß Hindenburg mit der innenpolitischen Entwicklung seit den Septemberwahlen 1930 nicht völlig zufrieden war. Sein Herzenswunsch, „die durch das deutsche Volk gehende nationale Welle zur Mitarbeit am Vaterland dienstbar zu machen“⁵⁾, war unerfüllt geblieben. Die Tolerierungspolitik

der SPD mochte beim „alten Herrn“ den Eindruck erwecken, die Große Koalition sei de facto re-etabliert worden. Als Brünings Sondierungen nach rechts an der intransigenten Haltung des DNVP-Vorsitzenden Hugenberg und dem unerfüllbaren Machtanspruch Hitlers gescheitert waren, glaubte Hindenburg, wenigstens durch den Sturz der drei Reichsminister und die Aufnahme weiter rechts stehender Politiker ins Kabinett einen Schritt in Richtung auf eine „nationale“ Regierung zu tun. Wenn auch mit der Übernahme des Außenministeriums durch den Kanzler selbst und des Innenministeriums durch Groener nach außen hin eine Stärkung des Systems einherzugehen schien, blieb die eingetretene Trübung des Verhältnisses Hindenburg—Brüning aufmerksamen Beobachtern der politischen Szenerie nicht verborgen. Es sollte schon bald eine weitere Belastungsprobe erfahren.

Die Wahl des Reichspräsidenten

Die Amtszeit des 84jährigen Reichspräsidenten lief im Frühjahr 1932 aus. Da das höchste Staatsamt mit der Herausbildung des präsidentialen Systems sehr stark aufgewertet worden war, seinem Träger im parlamentarischen Prozeß eine Schlüsselrolle zufiel, mußte sich Brüning der Präsidentenfrage in verstärktem Maße zuwenden. Grundsätzlich boten sich dem Kanzler drei Möglichkeiten an: Er konnte nach einem geeigneten Nachfolger Ausschau halten und ihn rechtzeitig zur Wahl aufbauen, er konnte die Amtszeit Hindenburgs durch verfassungsänderndes Gesetz zeitlich begrenzen oder auf Lebenszeit verlängern lassen oder aber den Präsidenten zur Wiederkandidatur bewegen.

Es ist bezeichnend für das angeschlagene Selbstbewußtsein des republikanischen Lagers, daß keine Partei den Mut fand, einen ihrer führenden Politiker als Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten zu nominieren. Zu groß schien allen Verantwortlichen das Risiko einer Niederlage gegen einen Kandidaten der „nationalen Opposition“. Dabei war es längst nicht ausgemacht, ob nicht Männer wie Braun, Severing, Dietrich oder auch Brüning selbst ohne Chance gewesen wären. Zaghafte Versuche seitens der Bayerischen Volkspartei, den

Kanzler zur Kandidatur zu veranlassen, scheiterten. Man sah in Hindenburg den einzigen Mann, der mit einiger Sicherheit die erforderliche Mehrheit erringen konnte, wenn es zur Konfrontation mit der extremen Rechten kam.

Gerade das aber wollte Brüning auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise möglichst vermeiden. Ein Wahlkampf mußte die Spaltung, die durch das deutsche Volk ging, vertiefen, mußte neue, gefährliche Emotionen wecken, konnte das Reich an den Rand eines Bürgerkriegs führen. Aus diesen Gründen setzte Brüning lange, vielleicht zu lange, auf die zweite Lösung, die Amtszeitverlängerung für Hindenburg. Bereits im Frühjahr 1931 hatten konservative Kreise, die dem Grafen Westarp nahestanden, darauf hinzuwirken versucht, Hindenburg zum Reichspräsidenten auf Lebenszeit zu machen. Der Plan implizierte eine Wiedereinsetzung der Hohenzollern nach dem Ableben des greisen Präsidenten. Auch der Kanzler stand eine Zeitlang diesem Gedanken nahe. Er hat wahrscheinlich geglaubt, ein schwarz-weißer Damm könnte die braune Flut zurückhalten. Endgültig fallen ließ er diesen Plan erst, als Hindenburg überraschenderweise nicht auf ihn eingehen wollte.

Das Ziel einer zeitlich begrenzten Verlängerung der Amtsperiode Hindenburgs verfolgte Brüning jedoch weiter. Dazu war eine Änderung des Art. 41 RV notwendig, die bei der

⁴⁾ Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, S. 459, Dok. 25.

⁵⁾ Ebenda.

erforderlichen Zweidrittelmehrheit im Reichstag nur zu erreichen war, wenn Hugenberg DNVP und möglichst auch Hitlers NSDAP zur Zustimmung bereit waren. Bis in den Januar 1932 hinein hegte Brüning berechtigte Hoffnungen, die notwendigen 385 Stimmen im Parlament zusammenzubringen. Sein Optimismus gründete auf einer schriftlichen Zusage Hitlers, die dieser erst am 25. Januar unter dem Eindruck der Intransigenz Hugengbergs und dem Einfluß der NS-Vasallen im Lande in einem neuerlichen Schreiben an Brüning mit fadenscheiniger Begründung offiziell zurückzog. Als die Deutschnationalen eine Zustimmung zur Verfassungsänderung von Vorleistungen abhängig machten, auf die sich Brüning jedoch nicht einlassen konnte, mußte der Kanzler dem Präsidenten, der die Verhandlungen mit großem Interesse verfolgt hatte, das Scheitern seiner Bemühungen eingestehen.

Nun blieb nur noch der dritte Weg, die Wiederkandidatur Hindenburgs. Dieser war dazu nur bereit, wenn seine Wiederwahl sicher war und ihn etwa dieselben Kreise unterstützten wie 1925. Auf Hitler und seine Partei konnte er verzichten, auch auf Hugenberg und dessen Kreis. Er hoffte aber fest auf den Stahlhelm, den Kyffhäuserbund sowie auf Deutschnationale wie den alten Januschau, dessen Verbindungen zum Palais relativ gut geblieben waren.

Am 16. Februar 1932 fiel die Entscheidung. Nach einer Adresse des parteilosen Berliner Oberbürgermeisters Dr. Sahm, der die Initiative ergriffen und in der ersten Februarhälfte eine Pro-Hindenburg-Kampagne großen Ausmaßes ausgelöst hatte, erklärte sich der Präsident mit dem ihm eigenen Pathos bereit, ein zweites Mal für das Amt des Präsidenten der Republik zu kandidieren. In den Tagen darauf klärten sich die Fronten. Alle Parteien der Brüning'schen Quasi-Koalition setzten sich in Aufrufen und Presseverlautbarungen mehr oder weniger enthusiastisch für eine Wiederwahl Hindenburgs ein. Die SPD zögerte keinen Augenblick, die Parole „Schlagt Hitler! Wählt Hindenburg!“ auszugeben. Einige führende Zentrumspolitiker schreckten nicht davor zurück, das Hindenburg-Bild zu mystifizieren. So sprach der Parteivorsitzende Prälat Kaas von Hindenburg als dem Würdigsten, „den eine deutsche Mutter für die Notzeit geboren hat“⁶⁾. Wiederholt wurde er als die Inkarnation des deutschen Einheitswillens herausgestellt.

⁶⁾ Morsey/Matthias, Das Ende der Parteien, S. 303.

Die Rechte konnte sich wider Erwarten nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Während Stahlhelm und DNVP den Zählkandidaten Duesterberg nominierten, ließ die NSDAP durch Goebbels am 22. Februar nicht nur die Kandidatur, sondern auch gleich den Sieg Hitlers verkünden.

Der Kanzler, der sich bei den Bemühungen um die Zustimmung Hindenburgs zur Wiederkandidatur zurückgehalten hatte, setzte sich nach dem 16. Februar mit ganzer Kraft für dessen Wiederwahl ein. Er war sich bewußt, daß eine Niederlage Hindenburgs gegen Hitler auch das Ende seiner Kanzlerschaft bedeuten würde. In der letzten Reichstagssession vor dem Wahltag beschwor er das deutsche Volk, am 13. März zu beweisen, daß noch „Ehrfurcht, Achtung vor der Geschichte, vor der Tradition und Größe eines Mannes vorhanden“⁷⁾ sei.

Es war nicht zuletzt sein Verdienst, wenn Hindenburg bereits im ersten Wahlgang 49,6 % aller Stimmen auf sich vereinigen konnte und damit alle anderen Kandidaten, auch Hitler (30,1 %) weit hinter sich ließ. Da aber an der notwendigen absoluten Mehrheit ein halbes Prozent fehlte, kam es abermals zu einem vierwöchigen Wahlkampf, der wiederum mit aller Härte geführt wurde. Das Ergebnis des zweiten Wahlganges bestätigte in etwa die Erkenntnisse des 13. März: nur ein gutes Drittel (36,8 %) der Wähler lief dem „Trommler“ nach, während 53 % trotz der akuten wirtschaftlichen Notlage (im Januar waren 6,042 Millionen Arbeitslose gezählt worden) Hindenburg und damit das ‚System‘ unterstützten.

Die von vornherein aussichtslose Kandidatur Duesterbergs war im zweiten Wahlgang zurückgezogen worden. Hugenberg konnte sich aber auch jetzt noch nicht dazu durchringen, eine Empfehlung für Hindenburg auszusprechen. Ein aufrichtiges, wenn auch verspätetes Ja der Deutschnationalen hätte auf die Haltung Hindenburgs in den folgenden Wochen nur positiv wirken können. Der wiedergewählte Präsident verhielt sich allen Gratulanten gegenüber sehr distanziert; er bemerkte beispielsweise dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun gegenüber, man dürfe jetzt nicht erwarten, er werde im Sinne der Parteien Politik machen, die ihn gewählt hätten⁸⁾. Brüning's Glückwünsche und dessen

⁷⁾ W. Vernekohl (Hrsg.), Heinrich Brüning, Reden und Aufsätze eines deutschen Staatsmannes, S. 126.

⁸⁾ Vgl. K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 479.

routinemäßiges Rücktrittsangebot quittierte er mit dem Satz, der Kanzler möge vorläufig im Amt bleiben, mit einer Rechtsregierung sei in Kürze zu rechnen. Nur mit Mühe gelang es Brüning, das „vorläufig“ aus dem Text zu streichen, den das Palais nach der Wahl der Presse übergab.

Es war Hindenburg natürlich nicht verborgen geblieben, daß das Gros seiner Wähler aus der Mitte und von der gemäßigten Linken, dem marxistischen Lager“, stammte. Es fiel den allmählich stärker hervortretenden außerparlamentarischen Beratern nicht schwer, dem ‚alten Herrn‘ einzuflüstern, „daß er das Opfer eines wahrhaft jesuitischen Drehs geworden und infamerweise auf die falsche Seite bugsiert worden sei“⁹⁾. Die stereotype Behauptung der Rechten, Brüning sei das eigentliche Hindernis für eine Wahlunterstützung gewesen, hatte zudem zumindest im Unterbewußtsein des Präsidenten Spuren hinterlassen. Im übrigen glaubte Hindenburg von sich, Brüning mit der Einwilligung zur Kandidatur einen großen Dienst erwiesen zu haben, so daß dieser ihm zu Dank verpflichtet sei. Brüning wiederum hatte unter Aufbietung aller Kräfte zum Wahlsieg Hindenburgs nicht unerheblich beigetragen und rechnete für die Zukunft mit einem umgänglichen Staatsoberhaupt. Eschenburg folgert daraus: „So entstehen bei beiden ... Ansprüche gegen den anderen und

keiner bemerkt recht den Anspruch des anderen oder ist bereit, ihn anzuerkennen.“¹⁰⁾

Die deutsche und auch die ausländische Presse wies in Kommentaren nach der Wahl unablässig auf die großen Verdienste Brünings um den Sieg Hindenburgs hin. Beide Namen wurden durchweg in einem Atemzuge genannt. Beim Präsidenten löste das mit der Zeit ein sich steigerndes Unbehagen aus. „Lag nicht in der Gleichstellung Brünings mit ihm, gar in der Vermutung, er sei um Brünings willen gewählt worden, eine Mißachtung seiner Person und seines Amtes?“¹¹⁾ Es nimmt nicht wunder, wenn er nach der Wahl den Abstand zwischen sich und dem Kanzler durch eigenwillige Direktiven in bezug auf eine Umbildung der Reichsregierung wiederherstellen wollte. Während er den Kanzler in den Vormonaten zum Beispiel in Briefen an Oldenburg-Januschau¹²⁾ voll gedeckt hatte, diesen in einem Schreiben an von Berg sogar „als einen außerordentlich befähigten Mann mit hingebender Vaterlandsliebe und großer Arbeitskraft“¹³⁾ bezeichnete und zu einer Wahlkapitulation nicht bereit war, sah er nun keine Veranlassung mehr, an Brüning bedingungslos festzuhalten. Der Einsatz des Kanzlers für eine Wiederwahl Hindenburgs, der eine Stärkung der Brüningsschen Position bringen sollte, drohte zum Bumerang zu werden. Die bereits im Herbst 1931 zu beobachtende Entfremdung zwischen den beiden Partnern war weiter fortgeschritten.

Das SA-Verbot

Lange Zeit stellte die Führung der Reichswehr für Brüning eine äußerst wichtige und zuverlässige Stütze dar. Groener, Schleicher und Hammerstein standen untereinander und mit dem Kanzler in engem, freundschaftlichem Kontakt. Nicht immer einheitlich, zeitweise gar widersprüchlich war ihre Einstellung zur Hitler-Bewegung. Zwar wäre eine illegale Machtergreifung durch die NSDAP vor 1933 niedergeschlagen worden, doch gab es sehr unterschiedliche Auffassungen über das Ob, Wie und Wann eines Vorgehens gegen die

Partei, solange sie im Gewande der Legalität auftrat.

Ihre besondere Aufmerksamkeit richtete die Reichswehrführung auf die paramilitärischen Verbände der Partei (SA, SS), die nach den Vorstellungen der Militärs zu gegebener Zeit entpolitisiert und als Wehrsportverbände oder Miliz in das Heer eingegliedert werden sollten. Die Notwendigkeit einer Verstärkung der numerisch schwachen Reichswehr wurde unter Hinweis auf eine angebliche Bedrohung des Reiches durch Polen in Ostpreußen und Schlesien immer wieder hervorgehoben. Solange der Versailler Vertrag die Ist-Stärke limitierte, glaubte man, auf derartige Organisationen, deren Ausbildungsstand relativ gut war, nicht verzichten zu können.

⁹⁾ Karl Buchheim, Heinrich Brüning und das Ende der Weimarer Republik, in: Hochland, August 1966, S. 508.

¹⁰⁾ Th. Eschenburg, Die Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik, in: Vjh. f. Zeitgesch., Heft 1/1961, S. 16.

¹¹⁾ Th. Eschenburg, a. a. O., S. 17.

¹²⁾ Thilo Vogelsang, a. a. O., S. 442 bzw. 443.

¹³⁾ Michaelis/Schraepfer (Hrsg.), Ursachen und Folgen, Band 8, Die Weimarer Republik, S. 401.

Im Laufe des Jahres 1931 traten die „Sturmabteilungen“ der NSDAP immer militanter auf. Die etwa 400 000 Mann umfassende SA nahm mehr und mehr den Charakter einer Privatarmee an. Da entschloß sich Brüning, von Groener und überraschenderweise auch von Schleicher unterstützt, nach Rücksprache mit der SPD Vorbereitungen für eine Unterdrückung der Nazipartei auf lange Sicht zu treffen. Als Termin für ein Einschreiten war der Abschluß der Lausanner Reparationsverhandlungen, die für den Januar 1932 zu erwarten waren, vorgesehen. Hindenburg hat seine Zustimmung zu rigorosen Maßnahmen gegen die NSDAP immer wieder von gleichzeitigen Aktionen gegen die Kommunisten abhängig gemacht. Mit der Verschiebung der Lausanner Konferenz wurde es auch um die Pläne zur Bekämpfung der Hitler-Bewegung zunächst wieder still.

Nach dem Wahlkampf um das Amt des Reichspräsidenten, in dem die Länderpolizei in zahlreiche Auseinandersetzungen mit der SA verwickelt worden war, wurde der Ruf nach einer Reichsinitiative immer lauter. Die sensationellen Resultate einer preußischen Polizeiaktion gegen die NSDAP vom 17. März 1932, die Enthüllungen der bayerischen Gendarmerie sowie besorgniserregende Störungen des Landfriedens in fast allen Teilen des Reiches bewogen Reichsinnenminister Groener, auf einer Konferenz mit den Länderinnenministern am 5. April ein Verbot der SA zu erörtern und ein baldiges Einschreiten in Aussicht zu stellen.

Groener, bedrängt von den maßgebenden Beamten des Innenministeriums, kam an einer Entscheidung nun nicht mehr vorbei. Die großen Länder Preußen, Bayern und Württemberg hätten ansonsten selbständig gehandelt. Groener hätte lieber die Preußenwahlen vom 24. April abgewartet, um den Nationalsozialisten keine Argumente für den Wahlkampf an die Hand zu geben. Ob eine Verschiebung des Verbotes um zwei Wochen den Aufstieg der NSDAP in Preußen von neun auf 162 Sitze, der faktisch das Ende der gut funktionierenden SPD-Zentrum-DDP-Koalition bedeutete, hätte verhindern können, ist eine offene Frage.

Brüning, der in den Tagen der Vorverhandlungen noch auf Wahlreise war, schaltete sich erst nach seiner Rückkehr am 10. April in das bereits weit vorangetriebene Vorhaben ein. Bei der für diesen Tag anberaumten Sitzung

in der Reichskanzlei sekundierte er seinem Innenminister, wenn er auch später den Schritt gegen die SA einen voreiligen nannte¹⁴⁾. Schleicher, der nach zustimmenden Äußerungen gegenüber Groener und Brünings Staatssekretär Pünder am Vortage wieder ‚umgefallen‘ war, drang mit seinem Vorschlag, Hitler zunächst ein befristetes Ultimatum zu stellen, nicht durch. Verstimmt verließ er die Sitzung, nach der Niederlage auf dem Felde der Taktik war er nun auch gegen die Sache selbst eingenommen.

Obschon Groener am 9. April bereits das Einverständnis Hindenburgs eingeholt hatte, begab sich Brüning am Morgen des 11. April, einen Tag nach der Präsidentenwahl, erneut zum Vortrag ins Palais. Wiederum ging alles glatt. Erst am Nachmittag kam die unheilvolle Kunde, Hindenburg habe Bedenken geäußert. Beeinflußt durch seinen „in der Verfassung nicht vorgesehenen Sohn“ Oskar, der die „Funktion eines gehobenen Kammerdieners bei seinem Vater“¹⁵⁾ ausübte, glaubte der Reichspräsident nun, nicht einseitig gegen die Rechte vorgehen zu sollen. Er nahm wohl an, die zur Unterschrift vorgelegte Verordnung könnte als eine Konzession an die Linke ausgelegt werden, und das zu einer Zeit, die endlich die seit langem geplante Rechtsschwenkung bringen sollte. Oberst Oskar von Hindenburg hätte die folgenschwere Intervention wohl nicht unternommen, wenn ihn nicht „das passive Verhalten des Generals von Schleicher darin bestärkt (hätte), seinen Vater zur Änderung des Entschlusses zu bewegen“¹⁶⁾.

Der Kanzler und sein Innenminister gaben noch nicht auf. Nach einer nochmaligen Rückfrage bei Braun und Severing wegen einer eventuellen Verschiebung des Verbotes begaben sie sich am 12. April wiederum zum Reichspräsidenten. Während Groener in seiner „Chronologischen Darstellung“¹⁷⁾ betont, Hindenburg habe „in keiner Weise eine grundsätzlich ablehnende Auffassung“ gezeigt, kann man nach den Ausführungen Brünings im „Brief“ auf einen stark widerstrebenden Hindenburg schließen. Brüning mußte wieder einmal seine Demission als Waffe einsetzen, um das Ja des Präsidenten zu erlangen. Abschlie-

¹⁴⁾ H. Brüning, „Brief“, zuerst veröffentlicht in: Deutsche Rundschau 7/1947, jetzt auch bei Verne-kohl, a. a. O., S. 230.

¹⁵⁾ Th. Eschenburg, a. a. O., S. 22.

¹⁶⁾ Thilo Vogelsang, a. a. O., S. 453.

¹⁷⁾ Zit. bei Vogelsang, a. a. O., S. 453.

bend urteilt der Kanzler dann: „Da ich ihn kannte, konnte ich keinen Zweifel darüber hegen, daß dies der Anfang eines Bruches zwischen mir und ihm bedeutete.“¹⁸⁾ Treviranus spricht noch davon, Hindenburg habe nur dann unterschreiben wollen, wenn „das Reichskabinettt einstimmig die Verantwortung übernehme“¹⁹⁾.

Am 13. April 1932 wurde die „Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität“ verkündet. Die Reichsregierung hatte in den Augen vieler Republikaner nach dem Erfolg bei den Präsidentenwahlen die lange erwartete Maßnahme gegen den nationalsozialistischen Terror ergriffen. Nur wenige sahen, daß über die Schwierigkeiten beim Zustandekommen der Verordnung das Verhältnis des Kanzlers zum Präsidenten stark belastet worden war. Brüning und Groener hatten, wie Eschenburg zu Recht betont, Hindenburg eben nicht überzeugt, sondern lediglich unter starkem Druck überredet²⁰⁾. Da keinerlei Vorbereitungen in Richtung auf eine Regierungsneubildung getroffen waren, scheute er vor dem letzten Schritt noch zurück.

Mit un guten Gefühlen trat Brüning kurz darauf die Reise zu den Abrüstungsverhandlungen nach Genf an. Er hoffte, daß es über die Frage des SA-Verbotes nicht zu einem offenen Konflikt kommen werde. Aber das „Bündnis der großen Vier“, das über Monate hinweg vielen Stürmen getrotzt hatte, exi-

stierte praktisch nicht mehr. Wenngleich jeder der Beteiligten um die Konsequenzen wußte, unternahm niemand etwas, um das alte Vertrauensverhältnis wiederherzustellen. Hindenburg wurde dem Einfluß einer Kamarilla ausgeliefert, die durch die Namen Oskar von Hindenburg, Meißner und Schleicher gekennzeichnet ist. Groener sah, wie labil der Präsident geworden war, als er am 25. April an seinen Freund Gleich schrieb: „Wenn Hindenburg nicht wieder stark und zuverlässig wird wie Kaiser Wilhelm I., sehe ich schlimme Tage voraus.“²¹⁾ Groeners Haltung ist im übrigen während der kritischen Wochen untadelig gewesen. Er hatte von Anfang an die volle Verantwortung für das SA-Verbot übernommen und alles in seinen Kräften stehende getan, um die Position des Kanzlers zu sichern.

Gleiches läßt sich dagegen nicht von Groeners „Wahlsohn“ Schleicher sagen. Im Gegenteil: Dessen Verhalten in diesen Tagen grenzt an Hochverrat (Eschenburg). Wie er seinen Vorgesetzten und langjährigen Intimus bei Hindenburg diskreditierte, wie er es zuließ, daß hinter dem Rücken des zuständigen Ministers Material aus der Bendlerstraße ins Palais geschafft wurde, um diesen zu desavouieren, wie er seine Kontakte zu den Nationalsozialisten aufrechterhielt, deren wichtigste Organisation man gerade verboten hatte, das alles wirft kein gutes Licht auf den General, der im Juni 1934 auf Befehl Hitlers umgebracht wurde.

Brünings letzter Sieg

Zunächst ließ sich Groener von den Vorgängen um ihn nicht beeinflussen. Weder ein Schreiben Hindenburgs vom 16. April, das durch Publikation in der Presse den Minister kompromittierte, noch die undurchsichtigen Machenschaften im Reichswehrministerium gegen den politischen Chef konnten ihn zum Rücktritt bewegen. Ihm war klar, daß sein Sturz nur das Vorspiel zum Frontalangriff auf das gesamte Kabinettt sein würde. In dem bereits zitierten Brief an seinen Freund Gleich heißt es an anderer Stelle: „Daß ich nicht kapitulieren werde, kannst Du mir glauben; aber es ist möglich, daß Hindenburg den Kanzler und mich eines schönen Tages hinauswirft, indem

er unter den Daumenschrauben seiner alten Standesgenossen . . . die Forderung stellt, daß eine neue Regierung gebildet werden müsse.“²²⁾

Die Reichstagssitzung vom 10. Mai mußte die Entscheidung bringen. Groeners weiteres Schicksal hing davon ab, ob ihm dort eine überzeugende Rechtfertigung des SA-Verbots gelang. Bekam er eine respektable Mehrheit bei der Ablehnung des von rechts zu erwartenden Mißtrauensvotums, konnte der drohende Konflikt noch vermieden werden. Groener war kein guter Redner. Nach der Rundfunkaufzeichnung machte er teilweise einen

¹⁸⁾ Zit. bei Vernekohl, a. a. O., S. 230.

¹⁹⁾ G. R. Treviranus, Das Ende von Weimar, S. 303.

²⁰⁾ Th. Eschenburg, a. a. O., S. 19.

²¹⁾ Zit. bei G. R. Treviranus, a. a. O., S. 303.

²²⁾ Michaelis/Schraepler, a. a. O., S. 466.

hilflosen und resignierenden Eindruck²³⁾. Treviranus bestätigt, daß Groener „durch Furunkulose und seine Diabetis körperlich sichtbar behindert war“ und sich „nur stockend . . . Gehör verschaffen konnte“²⁴⁾. Trotzdem ist die Behandlung, die ihm anschließend durch die führenden Generale widerfuhr, völlig ungerechtfertigt. Schleicher und Hammerstein verließen als erste die Regierungsbank und erklärten wenig später, Groener besitze nicht mehr das Vertrauen der Reichswehr. Schleicher empfahl, er möge sich „krank melden oder in Urlaub gehen“²⁵⁾. Groener lehnte dieses unbillige Verlangen ab. Brüning erbot sich, im Parlament seinen Wehrminister sofort zu decken und im Palais auf das Verbleiben Groeners in beiden Ämtern hinzuwirken. Groener selbst riet wegen der gefährdeten Stellung des Gesamtkabinetts von Schritten bei Hindenburg ab und erklärte am 12. Mai 1932 seinen Rücktritt als Wehrminister, blieb aber auf Wunsch des Kanzlers Innenminister.

Tags zuvor hatte Brüning im Parlament noch einmal zu den großen Zielen seiner Politik Stellung genommen. Obschon in seinen Ausführungen zum Abrüstungs- und Reparationsproblem, zur Wirtschaftskrise und zu den Plänen bezüglich einer staatlich gesteuerten Arbeitsbeschaffung nichts wesentlich Neues anklang, vermochte er durch objektive Darstellung und große Schlagfertigkeit erneut zu überzeugen. Zweimal gebrauchte er in seiner Rede, die häufig vom stürmischen Beifall der Mitte und teilweise auch der SPD unterbrochen wurde, Bilder, die von einer gewissen Vorahnung seines Sturzes zeugten: „Nur nicht in den letzten fünf Minuten weich werden!“ und die berühmt gewordenen „letzten hundert Meter vor dem Ziel“²⁶⁾. Der eindrucksvolle Auftritt im Parlament verfehlte seine Wirkung nicht. Der Reichstag, seit dem 14. September 1930 Stiefkind des Systems, stand entgegen manchen Befürchtungen noch zum Kanzler und sicherte ihm mit 286 : 259 Stimmen einen letzten Sieg.

Die Auseinandersetzungen um den Siedlungsentwurf

Am 12. Mai, einen Tag nach Brünings großer Rede vor der Volksvertretung, fuhr Hindenburg zum Pfingsturlaub nach Neudeck. Er verließ Berlin, ohne daß es zwischen ihm und dem Kanzler oder Groener zu einer Wiedernäherung gekommen wäre. Das Verhältnis blieb gespannt. Dabei wäre gerade zu diesem Zeitpunkt ein ständiger Kontakt zum Reichspräsidenten dringend notwendig gewesen. Nie war Hindenburg, der mehr und mehr seinem hohen Alter Tribut zollen mußte, für Einflüsterungen anderer zugänglicher als jetzt. Die ‚Kamarilla‘, durch Oskar von Hindenburg bestens informiert und durch Kurt von Schleicher dirigiert, wußte das nur zu genau und wartete auf einen geeigneten Anlaß, um die letzten Bindungen zwischen Präsident und Kanzler zu zerstören. Dieser Anlaß schien mit dem Entwurf zur Förderung landwirtschaftlicher Siedlung im Osten des Reiches gekommen.

Durch den Versailler Vertrag war besonders die Wirtschaft Ostpreußens hart getroffen worden. Der Korridor trennte die agrarisch ausgerichtete Provinz vom übrigen Reich. Dieser Umstand, aber auch die sich allgemein ver-

schlechterte Lage der Landwirtschaft hatten schon in den zwanziger Jahren eine Ostpreußenhilfe des Reiches und Preußens erforderlich werden lassen. Die Ostpreußenhilfe wurde mehr und mehr zu einer allgemeinen Osthilfe. Mit ihr sollten all die Betriebe „eine individuelle Hilfe aus öffentlichen Mitteln“ erhalten, die „infolge der Wirtschaftskrise . . . in finanzielle Not geraten und aus diesem Grunde nicht mehr in der Lage waren, aus eigenen Mitteln . . . im Interesse der Volksernährung“²⁷⁾ rentabel zu arbeiten.

Die ostelbischen Lobbyisten der „Grünen Front“ hatten in Hindenburg seit dessen Amtsantritt einen prominenten Fürsprecher. Als er 1927 zum 80. Geburtstag das ostpreußische Gut Neudeck zum Geschenk erhielt, war er vollends für eine mehr oder weniger protektionistische Standespolitik gewonnen. Die Reichsspende für Neudeck, die hauptsächlich durch Beiträge agrarischer und großbürgerlicher Kreise aufgebracht worden war, begann in reichlichem Maße Zinsen abzuwerfen.

Brüning war durch den Präsidenten bereits am 28. März 1930 auf die Osthilfe „vereidigt“ worden. Sein Ja war eine Hypothek, die er

²³⁾ Vgl. Hermens/Schieder, Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik, S. 337.

²⁴⁾ G. R. Treviranus, a. a. O., S. 306.

²⁵⁾ Th. Vogelsang, a. a. O., Dokument 22, S. 456.

²⁶⁾ Zit. bei Vernekohl, a. a. O., S. 143 bzw. 146.

²⁷⁾ Vgl. H. Muth, in: Hermens/Schieder, a. a. O., S. 319.

niemals abtragen konnte und die seinen Aktionsradius stark einschränkte. Kein Wirtschaftszweig hat am Anfang der dreißiger Jahre eine so weitgehende Förderung erhalten wie die Landwirtschaft, vornehmlich die des Ostens. Trotz der katastrophalen Etatsituation des Reiches flossen jährlich viele Millionen an Subventionen in die bäuerlichen Großbetriebe östlich der Elbe. Nachdem unter Treviranus im ersten Kabinett Brüning (bis Oktober 1931) die von den demokratischen Parteien gewünschten strukturellen Verbesserungen durch Ansiedlung von Kleinbauern in den unterbevölkerten Ostgebieten nur zögernd in Gang gekommen waren, ruhten die Erwartungen ab November 1931 auf Schlange, der zum Reichskommissar für die Osthilfe bestellt worden war.

Obschon selbst Großgrundbesitzer, galt Schlange wegen seines „konservativ begründeten sozialen Radikalismus“²⁸⁾ als der Mann, der der stagnierenden „Ostkolonisation“ neue Impulse geben könnte. Nach mehreren Anläufen und unerquicklichen Kompetenzstreitigkeiten zwischen Schlange und Arbeitsminister Stegerwald kam es schließlich am 20. Mai 1932 im Kabinett zu einer Einigung über einen vorgelegten Referentenentwurf zum Siedlungsprogramm. Er sah in seiner wichtigsten Bestimmung vor, daß solche landwirtschaftlichen Güter, die bei bestem Willen nicht sanierungsfähig waren, „für das Reich freihändig oder im Wege der Zwangsversteigerung“²⁹⁾ erworben werden konnten.

Am 21. Mai veröffentlichte Staatssekretär Pünder ein Kommuniqué der Kabinettsitzung vom Vortage, durch das die Grundtendenzen des verabschiedeten Siedlungsprogramms sehr schnell bekannt wurden. Bereits wenige Tage später brachte die Presse massive Proteste agrarischer Verbände. Auch in Neudeck lief eine ganze Fülle von Einsprüchen gegen das Gesetzesvorhaben ein. Als besonders typisch kann der Brief des Grafen Kalkreuth, des Präsidenten des Reichslandbundes, gelten. Nach seinen Worten ginge die von der Regierung erstrebte Zwangsversteigerungsbefugnis „weit über die Methoden der Volksbeauftragten hinaus“³⁰⁾. Gewisse Passagen, besonders die über eine befürchtete Schwächung des Deutschtums im Osten nach einer Realisierung des Siedlungsprogramms, kehrten in fast allen

Eingaben wieder. Somit liegt der Schluß nahe, daß sie zentral gesteuert waren und nur aus taktischen Gründen nicht kollektiv den Reichspräsidenten erreichen sollten. Das Schreiben von Gayls, des Vorsitzenden der Ostpreussischen Landgesellschaft, an Hindenburg vom 24. Mai³¹⁾, dem bislang zu große Bedeutung beigemessen wurde, steht mit den übrigen Protesten nur in losem Zusammenhang. Gayl hat seine Bedenken in diesem Schriftstück zusammengefaßt und es dann auf die Nachricht von der Reise Meißners nach Neudeck diesem mitgegeben.

Ursprünglich hatte Brüning selbst mit den im Kabinett beratenen Vorlagen, die Ende Mai zu einer Notverordnung zusammengefaßt werden sollten, nach Ostpreußen fahren wollen. Man bedeutete ihm jedoch durch Meißner, daß Hindenburg geschont werden müsse und im übrigen mit einer vorläufigen Information durch seinen Staatssekretär zufrieden sei. Dahinter braucht nicht unbedingt eine Brüskierung des Kanzlers gesehen zu werden, denn um diese Zeit (22. Mai) war der Sturz Brünings für Hindenburg noch keine beschlossene Sache. Es ist aber nicht völlig auszuschließen, daß Schleicher bei diesem Beschluß bereits beteiligt war, damit „der konzentrische Angriff auf das Brüning-Kabinett“³²⁾, der in der zweiten Maihälfte begonnen hatte, nicht im letzten Augenblick durch ein persönliches Eingreifen des Kanzlers scheiterte. Reichspräsident Hindenburg äußerte am 25. Mai bei Meißners Vortrag plötzlich zahlreiche Bedenken zum Siedlungsentwurf, den er in seinen Grundzügen längst kannte und gebilligt hatte. Völlig abgelehnt hat er ihn nicht, sondern lediglich „in dieser Fassung“ wegen der „starken Beunruhigung“ als „nicht tragbar“ bezeichnet³³⁾.

Staatssekretär Meißner schaltete sich in die beginnende Auseinandersetzung nach seiner Rückkehr von Neudeck am 26. Mai mit folgenden Maßnahmen ein: Er beantwortete das Schreiben von Gayls vom 24. Mai³⁴⁾, führte ein Gespräch mit Brüning bei dessen Staatssekretär Pünder und trug die Einwände Hin-

³¹⁾ Zit. bei W. Conze, a. a. O., Dokument 2, S. 276.

³²⁾ K. D. Bracher, a. a. O., S. 514.

³³⁾ Th. Vogelsang, a. a. O., S. 463.

³⁴⁾ „Der Herr Reichspräsident hat die von Ihnen wie auch von anderer Seite ihm vorgetragene Bedenken gegen die jetzige Fassung des Entwurfs mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen und wird sie zum Gegenstand einer Besprechung mit dem Herrn Reichskanzler machen.“ Zit. bei Werner Conze, a. a. O., S. 277.

²⁸⁾ H. Muth, in: Hermens/Schieder, a. a. O., S. 333.

²⁹⁾ Werner Conze, Zum Sturz Brünings, in: Vjh. f. Zeitgesch., 1/1953, S. 275.

³⁰⁾ Vgl. H. Muth, a. a. O., S. 341.

denburgs gegen die geplante Verordnung fernmündlich wie auch schriftlich dem zuständigen Schlange vor. Das Gespräch Meißner—Brüning ist nur schwer zu rekonstruieren. Nach der „Niederschrift des Reichspräsidentenbüros“ vom 10. Juni 1932, die aus der Feder Meißners stammt, hat dabei die unnachgiebige Haltung Hindenburgs in Sachen Groener und bezüglich einer Neuernennung von Ministern vor „Lausanne“ im Vordergrund gestanden³⁵⁾. Nach Pünders Aufzeichnungen hat Meißner noch berichtet, Hindenburg hege „nach wie vor Verehrung für den Herrn Reichskanzler“ und wünsche, „wenn irgend möglich, ihn zu halten“³⁶⁾. Wie dem auch sei, es kann angenommen werden, daß Brüning die Überlebenschancen seines Kabinetts nach diesem Gespräch nicht mehr sehr hoch einschätzte.

Die letzten Tage des Kabinetts

Über die folgenschweren Ereignisse der letzten Maitage existiert eine Fülle von Erinnerungen Beteiligter, Untersuchungen kritischer Betrachter und Rechtfertigungen Beschuldigter. Neben der offiziellen „Niederschrift“ aus dem Palais sind besonders die Ausführungen Brünings, Schlanges, Westarps, Pünders, Papens, Goebbels', Treviranus' sowie des überraschend gut informierten britischen Botschafters Rumbold für den Historiker von Interesse. Sie tragen zum Teil jedoch stark apologetische Züge, so daß sie für eine Analyse der außerordentlich komplexen Tatbestände nur mit Vorbehalt herangezogen werden können. Auch der große zeitliche Abstand vieler Niederschriften zu den Ereignissen mindert ihren Wert für eine objektive Betrachtung.

Als besonders schwierig erweist sich eine abschließende Beurteilung der Rolle des Generals von Schleicher im Mai 1932. Es steht wohl außer Zweifel, daß er während des Aufenthaltes Hindenburgs in Ostpreußen sowohl mit der „Umgebung“ des Präsidenten als auch mit den Nazis in enger Verbindung gestanden hat. Die aus Neudeck einlaufenden Informationen über den Stimmungsumschwung des „alten Herrn“ waren Richtschnur für seine Verhandlungsführung mit der NSDAP. Während er als Morgengabe die Wiederaufhebung des SA-Verbots und eine baldige Auflösung des

In den Nachkriegsjahren haben Vertreter der ostelbischen Landwirtschaft mit einem gewissen Erfolg jede Einflußnahme auf Hindenburg während seines Aufenthalts in Neudeck bestritten. Nach den Publikationen von Quellenmaterial in jüngster Zeit fällt es ihnen jedoch immer schwerer, an ihrem Alibi festzuhalten. Die dem Präsidenten während seines Pfingsturlaubs zugesandten Protestschreiben haben sowohl durch ihre aggressive Diktion wie auch durch den Zeitpunkt ihres Eingangs in Neudeck auf den noch unschlüssigen Präsidenten nachhaltig gewirkt. Vokabeln wie „Agrarbol-schewismus“, „Minderung der Wehrkraft“ und „Gefährdung der nationalen Widerstandsfähigkeit“ mußten und sollten beim Präsidenten Assoziationen auslösen, die den Unmut über die Politik des Kanzlers verstärkten.

Reichstags präsentierte, ließ er sich seinerseits mit vagen Versprechungen über eine vorübergehende Duldung einer neuzubildenden Rechtsregierung abspesen. Seine von Freund und Feind bewunderte bzw. gefürchtete Meisterschaft im Taktieren und Paktieren verliert angesichts der verhängnisvollen Fehleinschätzung der Hitler-Partei viel von ihrem Glanz.

Schleicher wußte genau, daß der schwankende Präsident sich erst dann definitiv von Brüning lösen würde, wenn ein neuer Kanzler mit Aussicht auf eine rechte Parlamentsmehrheit zur Verfügung stand. Designierter Nachfolger Brünings war für Schleicher Franz von Papen, der weit genug rechts stand³⁷⁾, als Zentrums-mann Stimmen aus der Mitte mitbringen sollte und als Aristokrat und gewesener Diplomat den Vorstellungen Hindenburgs und den derzeit sehr einflußreichen agrarisch-konservativen Gruppierungen entsprach.

Am 26. Mai bat Schleicher den angeblich völlig ahnungslosen Papen aus dem Saarland nach Berlin, um dem „Herrenreiter“ am 28. und dann noch einmal am 30. Mai die Übernahme des Kanzleramtes schmackhaft zu machen. Eine praktikable Konzeption hatte Schleicher dem Rechtsaußen der Zentrumspartei nicht anzubieten, wohl aber formale Zusagen Hitlers. Der General schien geglaubt zu haben, das Zentrum werde eine Ablösung Brünings geduldig

³⁵⁾ Vgl. Th. Vogelsang, a. a. O., S. 464.

³⁶⁾ Michaelis/Schraepfer, a. a. O., S. 522.

³⁷⁾ Eschenburg spricht treffend von einer „einwandfreien antidemokratischen Einstellung“, a. a. O., S. 26.

und ohne Widerspruch hinnehmen und seine 87 Abgeordneten in ein Papen-Kabinett einbringen.

Brüning hat offenbar relativ spät von den Plänen der Kamarilla Kenntnis erhalten. Etwa zur gleichen Zeit, als Goebbels in sein Tagebuch notierte: „Die Ministerliste steht im großen ganzen fest: von Papen, Reichskanzler“³⁸⁾, erfuhr der Kanzler durch den französischen Botschafter, daß sein Nachfolger bereits gekürt worden sei (24. Mai). Einen Menschen wie Brüning, für den „die menschlichen Imponderabilien von Unvernunft, Illoyalität und Intrige“ keine „fest kalkulierbaren Größen“³⁹⁾ darstellten, mußte eine solche Nachricht besonders hart treffen.

Der Rückkehr des Reichspräsidenten aus Neudeck sah Brüning mit nur geringen Erwartungen entgegen. Den Kanzler, das Kabinett, ja das ganze politische Berlin hatte eine große Unsicherheit ergriffen. So teilte Treviranus dem Grafen Westarp am 28. Mai telefonisch mit, „Brüning habe das Gefühl, daß der Vortrag beim Reichspräsidenten am nächsten Tage zu seinem Rücktritt führen werde; er könne sich einem Druck der Reichswehr und Kurtchens (Telefonwort für Schleicher) nicht fügen“⁴⁰⁾. Auch ein Gespräch zwischen Meißner und Brüning unter vier Augen, das durch Vermittlung von Treviranus am 28. Mai zustande kam, brachte nicht die erhoffte endgültige Klarheit. Meißner wies erneut auf die unnachgiebige Haltung Hindenburgs in Sachen Groener hin und wiederholte die Weigerung des Präsidenten, vor „Lausanne“ neue Minister zu berufen. Zur Unterzeichnung neuer Notverordnungen (Siedlungsprogramm) sei er nur dann bereit, wenn diese im Sinne seiner Beanstandungen geändert würden.

Als Brüning im Laufe des Gesprächs einwandte, nach seinen Informationen sei in Neudeck schon eine neue Regierung zusammengestellt worden, gab Meißner nach Treviranus zu, daß die Nachfolge Brünings bereits diskutiert worden sei. Eine neue Rechtsregierung, mit deren Leitung Hindenburg gern den Grafen Westarp beauftragen möchte, werde bald Neuwahlen ausschreiben⁴¹⁾. Staatssekretär Pün-

der weiß vom 28. Mai zu berichten, daß der Kanzler „durch solche Nachrichten . . . sehr deprimiert“ war⁴²⁾: „Er hat es eben satt und will dann auch von sich aus Schluß machen.“

Am Abend dieses Tages hielt Brüning vor dem Verein der ausländischen Presse eine Rede, in der er alle Krisengerüchte zu zerstreuen versuchte. Er mag wohl noch zeitweise geglaubt haben, den Präsidenten in letzter Minute umstimmen zu können, da schon öfter „die Krise für den Moment durch eine direkte Aussprache zwischen uns überwunden wurde“⁴³⁾.

Das entscheidende Gespräch zwischen Hindenburg und Brüning fand am 29. Mai 1932 um elf Uhr im Palais statt. Der Präsident war am Vorabend aus Neudeck zurückgekehrt. Man hatte ihm — sicherlich nicht ohne Grund — von drei Dingen Kenntnis gegeben, die die Brüningsche Verhandlungsposition sehr verschlechtern mußten:

1. Ein Schreiben Stegerwalds an Brüning, in dem sich der erstere gegen die Hindenburgschen Abänderungsvorschläge wendet.
2. Ein sehr vehementes Schreiben Schlanges an Hindenburg, das mit einer Rücktrittsdrohung schließt.
3. Eine bereits am 24. Mai gefaßte, aber wohl absichtlich erst am 27. Mai veröffentlichte Entschließung der DNVP-Fraktion, in der die Siedlungsvorlage strikt abgelehnt und mit Seitenblick auf Hindenburg von „vollendetem Bolschewismus“⁴⁴⁾ gesprochen wird. „Es war ein unglückseliges Gespräch.“⁴⁵⁾ Nach Brünings Darstellung war Hindenburgs Geist „nicht klar am Morgen des 30. Mai [es war der 29. Mai], als er in mich drang, ein Kabinett aus der Rechten zu bilden“. Er habe auf Reichstagswahlen bestanden und in Zukunft nur solche Maßnahmen unterzeichnen wollen, die „durch die drei normalen Lesungen im Reichstag gegangen wären“⁴⁶⁾.

Nach der Niederschrift des Büros des Reichspräsidenten hat Brüning nach einem Bericht über die politische Lage von Hindenburg Zusagen über das Aufhören „von Gegenarbeiten gewisser Stellen gegen ihn“⁴⁷⁾ verlangt und die Ernennung neuer Minister gefordert. Der Kanzler sei dem Präsidenten weder im Fall Groener noch in bezug auf den Siedlungsent-

³⁸⁾ Zit. bei Th. Vogelsang, a. a. O., S. 197, Anm. 844.

³⁹⁾ Josef Becker, Heinrich Brüning in den Krisenjahren der Weimarer Republik, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Heft 4/1966, S. 217.

⁴⁰⁾ Zit. bei Werner Conze, a. a. O., S. 282.

⁴¹⁾ Vgl. G. R. Treviranus, a. a. O., S. 313.

⁴²⁾ Michaelis/Schraepler, a. a. O., S. 523.

⁴³⁾ Vernekohl, a. a. O., S. 242.

⁴⁴⁾ Vgl. dazu H. Muth, in: Hermens/Schieder, a. a. O., S. 352.

⁴⁵⁾ Th. Vogelsang, a. a. O., S. 201.

⁴⁶⁾ Vernekohl, a. a. O., S. 240.

⁴⁷⁾ Th. Vogelsang, a. a. O., S. 464.

wurf entgegengekommen. Nachdem Hindenburg seine Bedenken wegen „des immer mehr abbröckelnden Kabinetts Brüning“ geäußert habe, sei eine Neubildung der Regierung mit Brüning als Außenminister angeregt worden. Der Kanzler habe das abgelehnt und sei mit der Bemerkung geschieden, am 30. Mai das Gespräch fortzusetzen und die Angelegenheit zu überdenken⁴⁸⁾. Aus der anschließenden kurzen Unterredung mit Meißner läßt sich allerdings folgern, daß Brüning zur Demission bereits fest entschlossen war.

Pünders Notizen vom 29. Mai bestätigen in etwa diesen Gesprächsverlauf. Nach ihm hat der Präsident seine Vorstellungen über die zukünftige Regierungsarbeit von einem Zettel abgelesen⁴⁹⁾. Während Pünder annimmt, Hindenburg habe ihn selbst geschrieben, heißt es bei Schlange, man habe „mit großen Buchstaben dem alten Herrn eine Serie von Punkten aufgeschrieben“⁵⁰⁾.

Erich Eyck übernimmt die Meineckesche Version („aus vertrauenswürdiger Quelle“), nach der Hindenburg eine stärker rechts orientierte Regierung und das Ende der Wirtschaft der Gewerkschaftssekretäre und des Agrarbolshewismus verlangt habe⁵¹⁾. Treviranus ergänzt dazu, Brüning habe in der dreiviertelstündigen Unterredung nur kurz über die Wichtigkeit der fünften Notverordnung sprechen können, wobei er „das Gefühl gehabt [habe], daß der Präsident ihm nicht recht zuhöre. . . . Hindenburg habe dann von zwei Bögen mit großen Buchstaben Wort für Wort abgelesen, weshalb er die Wachablösung verlange.“ Die Gründe deckten sich in etwa mit denen, die Meißner bereits am 28. Mai im Gespräch mit Brüning dargelegt habe. Das Angebot, Außenminister zu bleiben, habe Brüning „wegen mangelnder Autorität im In- und Ausland nach diesem Abgang als Reichskanzler“ ablehnen müssen. Als Nachfolger habe Brüning den Grafen Westarp und Goerdeler vorgeschlagen⁵²⁾.

Nach diesem Gespräch („kurz und ganz kühl und formell“⁵³⁾, in dem der Präsident die Demission provozierte (Eschenburg), blieb

⁴⁸⁾ Ebenda, S. 459 ff.

⁴⁹⁾ Michaelis/Schraepfer, a. a. O., S. 523.

⁵⁰⁾ Joh. Hohlfeld, Dokumente der deutschen Politik und Geschichte 1848 bis zur Gegenwart, Bd. III, S. 431.

⁵¹⁾ Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Bd. 2, S. 475.

⁵²⁾ G. R. Treviranus, a. a. O., S. 317.

⁵³⁾ Zit. bei Werner Conze, a. a. O., S. 283.

Brüning keine Wahl: Auf der letzten Sitzung des Reichskabinetts am 30. Mai, 9.30 Uhr, wurde der Rücktritt der Regierung beschlossen. Nach Hindenburgs Bemerkung zum Schluß der Unterredung vom 29. Mai⁵⁴⁾ gab es kein Zurück mehr.

Im Palais lag der Kabinettsbeschluß bereits vor, als Brüning um 11.55 Uhr zur letzten Audienz erschien. Er überreichte ein Schreiben, in dem „namens sämtlicher Mitglieder des Reichskabinetts um Enthebung von . . . [den] Ämtern“⁵⁵⁾ gebeten wurde. Brüning wie auch Pünder erwähnen, daß Hindenburg in der sich anschließenden dreieinhalbminütigen Unterredung noch einmal die Forderung nach einer Rechtsregierung erhoben habe⁵⁶⁾. Die Unterredung war ursprünglich auf 10.30 Uhr angesetzt worden. In den frühen Morgenstunden dieses Tages hatte Brüning durch den amerikanischen Botschafter Sackett die Mitteilung erhalten, Frankreich sei bereit, der im April in Genf gefundenen Abrüstungsformel im Prinzip zuzustimmen. Gibson, der Sonderbotschafter Hoovers für Europa, hege den Wunsch, sofort mit Brüning in Genf zusammenzutreffen.

Der Kanzler hatte zu diesem Zeitpunkt bereits resigniert. Er ließ den Botschafter wissen, er sei in Anbetracht der in wenigen Stunden bevorstehenden Demission des Gesamtkabinetts „nicht mehr befugt, die Botschaft anzunehmen“⁵⁷⁾. Im Palais war man sich jedoch nicht sicher, wie die überraschende Nachricht, die für Brüning einen außenpolitischen Erfolg darstellte, auf den Präsidenten wirken würde. Brüning schreibt dazu: „In Kenntnis hiervon gelang es Personen in der Umgebung des Reichspräsidenten, . . . meinen Empfang bis wenige Minuten vor der Mittagsstunde zurückzustellen.“⁵⁸⁾ Nun blieben nur noch die oben erwähnten dreieinhalb Minuten, denn um 12 Uhr zog vor dem Palais die Marinewache zum Gedenken an die Skagerrak-Schlacht auf. Hindenburg war noch soweit Soldat geblieben, daß ihm ein militärisches Schauspiel wichtiger war als das Gespräch mit dem Mann, der 26 Monate lang „sein Kanzler“ gewesen war. „So fiel unter den Klängen der Militärmusik der

⁵⁴⁾ „Sie können mir dann ja die Demission des Kabinetts gleich mitbringen.“ Zit. bei Michaelis/Schraepfer, a. a. O., S. 524.

⁵⁵⁾ Th. Vogelsang, a. a. O., S. 465.

⁵⁶⁾ Vernekohl, a. a. O., S. 244, und Michaelis/Schraepfer, a. a. O., S. 202.

⁵⁷⁾ G. R. Treviranus, a. a. O., S. 320.

⁵⁸⁾ Vernekohl, a. a. O., S. 244.

Vorhang und die Aera Brüning war zu Ende." ⁵⁹⁾

Diese dramatische Darstellung des Finales, wie wir sie bei Bracher, Eyck und Buchheim finden, stützt sich hauptsächlich auf Brünings „Brief“. Auch Treviranus berichtet von einer kurzfristigen Terminverschiebung, läßt aber die Frage offen, ob es Absicht oder Zufall war. Vogelsang, der sich weitgehend auf Pün-

der und die Niederschrift des Präsidentenbüros verläßt, erwähnt nichts davon. In Pünders Aufzeichnungen vom 29. Mai ist von einer Fortsetzung des Gesprächs beim Präsidenten um 12 Uhr die Rede; die „Niederschrift“ enthält nichts, was auf eine Verschiebung schließen ließe. Auch Eschenburg zweifelt die Richtigkeit der Brüningschen Erinnerung an. Die endgültige Klärung des Sachverhaltes steht bis heute aus.

Der plötzliche Tod Heinrich Brünings am 30. März 1970 im selbstgewählten Exil in den Vereinigten Staaten hat noch einmal das Leben und Wirken des Altreichskanzlers in den Blickpunkt rücken lassen. Die Flut von Kommentaren und Nachrufen in Presse, Rundfunk und Fernsehen hat gezeigt, daß auch 38 Jahre nach dem Abtreten Brünings von der politischen Bühne sein Gesamtbild „von der Parteien Haß und Gunst verzerrt“ ⁶⁰⁾ bleibt, wenn sich auch allmählich eine positive Abklärung durchzusetzen beginnt. Manches einseitige Urteil ist revidiert worden, manche Klischeevorstellung vom „großen Zauderer“, „eisernen Kanzler“, „selbstlosen Asketen“ oder „jesuitischen Offizier“ ist einem sehr viel wirklicheren und sympathischeren Bild gewichen, das ihn uns als eine starke, hochgeistige, weltoffene, äußerst integre und tief im Reli-

giösen wurzelnde Persönlichkeit darstellt. Er hat in seiner Amtszeit den Beweis erbracht, daß Politik kein „schmutziges Geschäft“ zu sein braucht, das den „Charakter verdirbt“. Sicherlich kann und muß man die eine oder andere Entscheidung des Kanzlers in der Rückschau als objektiv falsch bezeichnen. Doch auch seinen schärfsten Kritikern gelingt es nicht, ihm die subjektive ehrliche Überzeugung von den Grundlinien seiner Politik abzusprechen.

Brüning selbst hat 1946 in einer vielbeachteten Rede Gedanken geäußert, die er bei der Beurteilung seiner Kanzlerschaft berücksichtigt wissen will: „Politik könnte mit einem Schachspiel verglichen werden, das nie zu Ende kommt, bei dem verschiedene Spieler aufeinanderfolgen und jeder das Brett so übernimmt, wie er es vorfindet. Um die Leistung eines Politikers zu würdigen, muß man wissen, wie das Spiel stand, als er es übernahm.“ ⁶¹⁾

⁵⁹⁾ Erich Eyck, a. a. O., S. 478.

⁶⁰⁾ Hermens/Schieder, a. a. O., S. 233.

⁶¹⁾ Vernekohl, Brüning, Reden ..., S. 201.